

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Kirschinghaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dänhoff 4196/4195



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SB 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdringung beiderseits 4 Wochen vor dem Druckverfall, wenn nichts anderes vereinbart ist. Druckort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 11. März 1930

Youngplan und Finanzplan.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Das Younggesetz und die damit verbundenen Liquidationsabkommen sind am Dienstag vom Reichstag in zweiter Lesung angenommen worden.

Erinnern wir uns noch einmal an die Vorgeschichte. Zentrum und Bayerische Volkspartei erklärten bis kurz vor der Abstimmung, ihre Zustimmung zu den ausser politischen Gesetzen nicht geben zu können, solange keine Sicherheit über die Finanz- und Steuerreform gegeben sei. Die Demokraten stellten sich auf den Standpunkt, dass auch sie sich enthalten müssten, solange das Zentrum sich nicht zu einer positiven Stellungnahme entschlossen habe. Da über die Finanzvorlagen der Regierung keine Einigkeit zu erzielen war, gerieten die Younggesetze in grosse Gefahr. Aber auch wenn sie etwa mit einer knappen Majorität angenommen worden wären, hätte man damit rechnen müssen, dass der Reichspräsident sie nicht verkündet und sie, wie es sein verfassungsmässiges Recht ist, einem Volksentscheid unterbreitet haben würde. Diesen bedenklichen Möglichkeiten musste vorgebeugt werden, und daher sind die Verhandlungen zwischen den Parteien der sogenannten Weimarer Koalition einschliesslich der Bayerischen Volkspartei eingeleitet worden.

Man hat in der Oeffentlichkeit den Besprechungen der letzten Tage vielfach eine falsche Auslegung gegeben. Deshalb sei noch einmal mit allem Nachdruck hervorgehoben, dass sie sich nicht gegen das Kabinett richteten und auch keine Spitze gegen die Deutsche Volkspartei hatten. Es sollte nicht versucht werden, die Grundlage für eine neue Regierung zu schaffen, sondern es sollte dem Zentrum die Gewissheit gegeben werden, dass auch ohne die Deutsche Volkspartei eine Mehrheit im Reichstag den ernstesten Willen zu einer mit ihm gemeinsam durchzuführenden Finanzreform besitze. Wenn die Deutsche Volkspartei zu den Konferenzen nicht hinzugezogen wurde, so deshalb, weil sie von vornherein zu dem Finanzprogramm der Regierung eine Stellung eingenommen hatte, die eine Verständigung mit den übrigen Fraktionen zurzeit kaum als möglich erscheinen liess. Sie forderte eine Festlegung auf Steuersenkungen, die über den in den Kabinettsvorlagen vorgesehenen Rahmen hinausgingen. Sie verlangte die Einführung des beweglichen Faktors, d.h. die Einführung der Kopfsteuer in das Kommunalsteuerrecht, und sie bestand vor allem auf einer ausdrücklichen Vereinbarung über die Herabschraubung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung.

Die Verhandlungen selbst haben zu einem vorläufigen Ergebnis geführt, das von dem Programm der Regierung in manchen Beziehungen abweicht. Aber die Dinge liegen nicht so, als ob hier ein Reformprojekt geschaffen wäre, das die vier Parteien ohne weiteres an die Stelle des Regierungsprogramms setzen wollen. Davon kann schon deswegen keine Rede sein, weil auch zwischen ihnen über bestimmte Einzelheiten noch Meinungsverschiedenheiten bestehen und die Fraktionen bisher schon zeitlich nicht in der Lage waren, das, was ihre Unterhändler als mögliche Grundlage einer Vereinbarung akzeptiert hatten, genauer zu prüfen. Das Ganze ist einer Art von Skizze, die noch der näheren Ausführung bedarf, ein Rahmen, der erst ausgefüllt werden kann, wenn die eigentlichen Debatten über die Finanz- und

Steuergesetze ihren Anfang nehmen. Man wird die Ergebnisse auch der Deutschen Volkspartei nicht mit der Forderung nach einem Ja oder Nein vorlegen, sondern jederzeit bereit sein, mit ihr über die verschiedenen Punkte zu verhandeln. Wesentlich ist, dass sich die vier Parteien über gewisse grosse Linien verständigt haben und dass sie sich in dem Wunsche begegnen, unter gegenseitigen Zugeständnissen auch dann an dem Finanz- und Steuerwerk gemeinsam weiter zu arbeiten, wenn sich endgültig die Unmöglichkeit herausstellen sollte, mit der Deutschen Volkspartei zu einer Einigung zu gelangen.

Allerdings ist es nicht gelungen, die Bayerische Volkspartei und das ganze Zentrum zu einem Ja bei der zweiten Lesung der Younggesetze zu bewegen. Vor allem die Bayern verlangen eine festere Bindung der Verhandlungspartner. Diesem Ersuchen zu entsprechen ist von allem Sachlichen abgesehen wiederum mit Rücksicht auf die zur Verfügung stehende kurze Zeitspanne nicht leicht. Aber die Bayern werden sich auch darüber klar werden müssen, dass ihre Situation in den Steuerfragen kaum gebessert werden kann, wenn sie sich auch bei der dritten Lesung am Mittwoch nicht zu einem Ja durchzuringen vermögen.

Das Wichtigste aber ist die schon am Dienstag bei der Abstimmung in zweiter Lesung bekundete Bereitwilligkeit des Zentrums, keine Taktik zu verfolgen, die verhängnisvolle Wirkungen hätte ausüben können, und nun wird es in den nächsten Tagen und Wochen darauf ankommen, die Gemeinschaft mit ihm wie mit den Demokraten und hoffentlich auch mit den Bayern aufrecht zu erhalten. Sollten dann die intransigenten und einen grundsätzlichen Kurawechsel anstrebenden Elemente in der Deutschen Volkspartei endgültig die Oberhand bekommen, so wäre immer noch ein starker Wall zum Schutz des Parlamentarismus und der Demokratie vorhanden.

Es liegt ja nicht so, dass für den Fall eines Zusammenbruchs der gegenwärtigen Koalition eine andere Mehrheitsregierung zur Verfügung stände. Verliefe die Bruchlinie diesseits des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei, so bliebe nichts anderes, als Auflösung des Reichstags oder ein Kabinett, das sich auf den Artikel 48 der Verfassung stützte. Neuwahlen würden in diesem Moment die innerpolitische Situation kaum verbessern, sicher aber eine gewaltige Beunruhigung herbeiführen. Anwendung des Artikels 48 wäre die denkbar schwerste Erschütterung des Verfassungslebens. Wir haben uns die Frage vorzulegen, ob wir diese beiden Risiken laufen können oder ob wir nicht um unserer eigenen Zukunft und der des von uns geschaffenen Staates willen auf finanzpolitischem Gebiete auf eine restlose Verwirklichung unserer programmatischen Forderungen verzichten müssen.

SPD, Amsterdam, 11. März (Eig. Drahtb.)

Im Hinblick auf die in dieser Woche im Haag zusammentretende Konferenz zur Kodifizierung des internationalen Rechtes nahm die Pariser Konferenz der beiden Internationalen eine Entschliessung an, der es als eine unerhörte Schande bezeichnet wird, dass das Nationalitätenproblem zehn Jahre nach Beendigung des Krieges noch keine Lösung erfahren hat und der Eigennutz der verschiedenen Staaten die unglückseligen Vaterlandslosen von Land zu Land und von einem Elend ins andere treibe. Beide Körperschaften verlangen, dass die Haager Konferenz dieses Problem in menschlicher Weise löst und das Internationale Arbeitsamt im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit unter diesen Staatenlosen herangezogen wird. Sie schliessen sich gleichzeitig der Forderung des Weltbundes für das Frauenstimmrecht an, dass jede verheiratete und unverheiratete Frau in bezug auf die Beibehaltung oder Wechsel ihrer Nationalität das gleiche Recht wie der Mann haben müsse.

SPD, Athen, 11. März (Eig. Drahtb.)

Ein Schnellgericht im Piräus verurteilte am Dienstag einen Kommunisten, den Direktor des Internationalen Arbeitsamtes Albert Thomas dieser Tage mit einem Tintenfass bombardiert hatte, zu 3 Monaten Gefängnis.

SPD. Dresden, 11. März (Eig. Drahtb.)

Die Demokratische Fraktion des sächsischen Landtages, die sich am Dienstag mit der politisch-parlamentarischen Lage befasste, beschloss, den Versuch zur Bildung einer Regierung auf der Grundlage des gestürzten Kabinetts Büniger nicht zu unterstützen. In der offiziellen Verlautbarung darüber heisst es:

"Die Fraktion der Demokratischen Partei nimmt mit Bedauern davon Kenntnis, dass die Deutsche Volkspartei wirkliche Verhandlungen mit der Sozialdemokratie über die Regierungsbildung abgelehnt und dabei den einzigen Weg, der zu einer Regierung auf breiterer Grundlage hätte führen können, versperrt hat. Die demokratische Fraktion, die zum Sturz der Regierung Büniger nicht beigetragen hat, muss es den Parteien der Rechten, die diese Regierung gestürzt haben, und der Deutschen Volkspartei, die die Bildung der Grossen Koalition unmöglich gemacht hat überlassen, die Krise zu lösen. Eine Rekonstruktion des bisherigen Kabinetts unter anderer Leitung würde die Abhängigkeit von den Nationalsozialisten nicht beseitigen und daher, wie der Sturz der Regierung Büniger und die Haltung der Nationalsozialisten in zahlreichen wirtschaftlichen und finanziellen Fragen bewiesen haben, nicht die Gewähr für eine dauernde und zur Lösung schwerer Aufgaben befähigte Regierung bieten. Die Fraktion der Deutsch-Demokratischen Partei kann daher den Versuch, eine solche Regierung zu bilden nicht unterstützen."

SPD. Im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstags wurde am Dienstag stundenlang um die Polizeistunde im Schankstättengesetz gestritten. Die sozialdemokratischen Abgeordneten Sollmann und Limbertz verlangten als äusserste Grenze 1 Uhr im Interesse der Gastwirtsangestellten. Beide Redner wandten sich gegen die preussische Verwaltung, die bei der Festsetzung der Polizeistunde die sozialpolitische Seite ausseracht lasse. Die Regierungsvertreter von Preussen, Bayern und Württemberg machten starke Bedenken gegen eine reichsgesetzliche Regelung geltend. Schliesslich wurde ein Antrag Sollmann (Soz) und Dietz (Zentrum) angenommen, der den § 14 des Schankstättengesetzes folgende Fassung gibt:

"Die oberste Landesbehörde oder die von ihr bestimmte Behörde, hat Bestimmungen über die Festsetzung und Handhabung der Polizeistunde in Gast- oder Schankwirtschaften nach Anhörung der wirtschaftlichen Vereinigungen, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Gast- und Schankwirtschaftsgewerbes zu erlassen, soweit dies nicht schon geschehen ist. Dabei ist anzuordnen, wann die Polizeistunde beginnt und wann sie endet, unter welchen Voraussetzungen sie verlängert oder verkürzt werden darf und wie ihre Einhaltung zu überwachen ist.

Die äusserste Grenze für die Festsetzung der Polizeistunde ist 1 Uhr nachts, sofern nicht besondere örtliche Verhältnisse eine Ausnahme rechtfertigen, worüber die oberste Landesbehörde oder die von ihr bestimmte Behörde entscheidet. Der Ausschank von Branntwein in Gast- und Schankwirtschaften sowie der Kleinhandel mit Branntwein darf nicht vor 7 Uhr früh beginnen."

Für diese Fassung stimmten die Sozialdemokraten, Kommunisten, Zentrum, Volkskonservative Vereinigung und der deutschnationale Abgeordnete Dr. Strathmann.

SPD. Genf, 11. März (Eig. Drahtb.)

Auf der Wirtschaftskonferenz nahm am Dienstag im Namen Deutschlands Dr. Hilferding zu dem neuen französischen Abkommensentwurf Stellung.

Hilferding betonte einleitend, dass die deutsche Regierung bereit gewesen sei, den ursprünglich geplanten umfassenden Zollfrieden abzuschliessen

und bedauerte, dass dieser infolge der Ablehnung anderer grosser Wirtschaftsstaaten fallen gelassen werden musste. Die deutsche Delegation beteiligte sich deshalb an den privaten Bemühungen, auf anderem Wege eine Atmosphäre zu schaffen, die erlaube, ruhig und ungestört den Zollabbau vorzubereiten, den Europa dringend brauche, und zu untersuchen, welche weiteren Massnahmen zu einer näheren wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Staaten führen könnten. Deutschland nehme den französischen Vorschlag als Diskussionsgrundlage an, gebe aber England bereitwillig Recht, dass man zu einem gerechten Ausgleich zwischen den Staaten mit gebundenen Zöllen und denen ohne solche galgen müsse. Man müsse auch den Freihandelsländern die Möglichkeit geben, dem Abkommen beizutreten. Immerhin bestehe schon die von Englands Vertreter angezweifelte gleiche Verteilung der Lasten im gegenwärtigen französischen Vorschlag zu einem grossen Teil, wenn man seine Wirkung in der Praxis berücksichtige. Theoretisch hätten die Länder mit der Teilung in gebundene und autonome Zölle gewiss das Recht, die letzteren zu erhöhen. Sie müssten aber vorher mit jedem Teilnehmer des Abkommens, der es wünsche, darüber verhandeln, also auch z.B. mit Holland und England, die dadurch dagegen gesichert seien, dass die anderen Staaten ohne weiteres Zollerhöhungen gegen sie beschliessen.

Hilferding ging dann auf die einzelnen Artikel des Abkommens ein und wünschte u.a., dass eine Möglichkeit für die automatische Verlängerung des Abkommens über den 1. April 1931 hinaus geschaffen werde. Zum Schluss betonte er noch einmal, dass die Konferenz die Aufgabe erfüllen müsse, die handelspolitische Atmosphäre in Europa soweit zu beruhigen, dass man in Ruhe die Frage des Zollabbaus und der wirtschaftlichen Annäherung untersuchen und fördern könne.

SPD. Paris, 11. März (Eig. Drahtb.)

Tardieu's Finanzminister bereiten ihrem Häuptling schon jetzt fast täglich Sorgen. Der eine, Reynau, bekannt aus seinen Geheimverhandlungen mit Reichberg und den Deutschnationalen, im Zivilberuf Warenhausbesitzer eines grossen Konzerns in Mexiko, hatte sich allzu offenherzig über die Börsenlage ausgesprochen und sich dem begründeten Verdacht spekulativer Manöver ausgesetzt. Der andere, der Budgetminister Germain Martin, lässt sich alltätlich bei der Beratung des Finanzgesetzes von der Kammer in die Minderheit setzen. Am Dienstag früh wurde er nicht weniger als zweimal von der Tardieu'schen Mehrheit kläglich im Stich gelassen. Zu allem Unglück hat jetzt noch die Finanzkommission der Kammer Tardieu den Krieg erklärt. Mit 12 gegen 8 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen hat sie ihm am Dienstag mittag die Kredite für seine neugeschaffenen Minister und Unterstaatssekretärposten verweigert. So hängen also sechs Mann aus dem Kabinettt vorläufig noch in der Luft. Wenn auch schliesslich die Kammer die Entscheidung der Finanzkommission widerrufen wird, so ist damit doch das Ansehen des Kabinetts nicht gesteigert worden.

Gleichzeitig hat im Plenum die erste grosse Offensive gegen das zweite Kabinettt Tardieu eingesetzt. In seiner Regierungserklärung hat Tardieu, um die Gruppe des Linken Zentrums zu ködern, angekündigt, dass sofort die unterste Klasse der Gymnasien und Realschulen schulgeldfrei sein soll. Die Linksparteien verlangen aber jetzt, dass diese Massnahme, die als erster Schritt für die Einheitsschule zu werten ist, alljährlich auf eine neue Klasse ausgedehnt wird und die Regierung schon jetzt ein entsprechendes bindendes Versprechen ablegen soll. Die Rechtsparteien protestieren natürlich, denn nur durch Schuldgeldfreiheit in den staatlichen, unter dem Zeichen der Laiengesetzgebung geführten Schulen müsste der Zulauf zu den privaten konfessionellen Schulen stark zurückgehen. Tardieu selbst läuft Gefahr, sich bei der Debatte zwischen zwei Stühle zu setzen: entweder er verdirbt es mit der ultra-katholischen Rechten oder mit der Mitte. Er hat daher durch seinen Budgetminister Germaine Martin ankündigen lassen, dass er sich neutral verhalte, auf die Stellung der Vertrauensfrage verzichte und der Kammer allein die Entscheidung überlasse.

SPD. Im Chemnitzer Stadtparlament erwiderte der "linientreue" Kommunist Weschke auf sozialdemokratische Angriffe :

"Jawohl, wir haben unser Eigentum verkauft und mit den gewonnenen 15 Millionen kaufen wir Karabiner und Maschinengewehre!"

Dieser Aufschneider! Als ob für die bankerotten kommunistischen Betriebe ein Mensch 15 Millionen Mark geben würde oder gar schon gegeben hat.

SPD. Kiel, 11. März (Eig. Drahtb.)

Im Zusammenhang mit dem Prozess wegen der Wördener Vorgänge veranstalteten die Kommunisten in Meldorf eine Demonstration. Sie benahmen sich dabei so, dass die Polizei in drei Fällen gezwungen war, mit dem Gummiknüppel einzuschreiten. Mehrere Personen wurden festgenommen. Die Führer der Demonstranten hatten sich natürlich auch wieder rechtzeitig verdrückt. Sie folgten damit dem Beispiel des kommunistischen Häuptlings Thimm aus Neumünster, der sich kürzlich eine blaue Brille aufsetzte und schnellstens ausriss, als die Polizei gegen einen Trupp demonstrierender Kommunisten vorging.

SPD. Budapest, 11. März (Eig. Drahtb.)

In der Gemeinde Oroshaza, einem alten Herd der agrarsozialistischen Bewegung, erschienen dieser Tage 250 bis 300 arbeitslose Landarbeiter mit Hacken und Spaten bewaffnet vor dem Amtshaus und forderten Arbeit. Nur mit grosser Mühe konnte die erregte Menge aufgelöst werden. Die Gutsherren forderten als Antwort auf die Demonstration grosse Verstärkungen der Gendarmerie an.

SPD. Die Pöbelei als Reklame. Der Nationalsozialist Goebbels hat ein Strafverfahren wegen Beleidigung des Reichspräsidenten. Stolz auf dies Strafverfahren inseriert er in der Hakenkreuzpresse: "Hindenburg stellt Strafantrag gegen Dr. Goebbels wegen eines Artikels in der Berliner Zeitung "Der Angriff". Probenummern kostenlos." Herr Goebbels kennt seine Leute, er meint, dass sein Blatt, in dem Hindenburg angepöbelt wird, unter ihnen Interessenten findet.

SPD. Paris, 11. März (Eig. Drahtb.)

Die Inhaberin der "Gazette du France", Frau Martha Hanau, hat am Dienstag nach zwölf-tägigem Hungerstreik eine schwere Herzkrise erlitten. Ihre Ärzte fürchten, dass sie jeden Augenblick einem Herzschlag erliegt. Trotzdem hat sich der Untersuchungsrichter bisher noch nicht dazu verstehen können, die verlangte Gegenprüfung der Geschäftsbücher anzuordnen, obwohl einer der gerichtlichen Liquidatoren die "Gazette du France" um rund 6 Millionen bestohlen hat und die übrigen gerichtlichen Sachverständigen Fehler und Irrtümer in der Bewertung der Aktiven von insgesamt 11 Millionen gemacht haben.

Die Verteidiger der Frau Hanau haben in einem Schreiben an die Staatsanwaltschaft gegen den Untersuchungsrichter protestiert. Sie bezeichnen seine Handlungsweise als "Betrug, Skandal und Frevel".

SPD. Der Generalrat der Reichsbank wählte am Dienstag einstimmig an Stelle des ausscheidenden Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht den früheren Reichskanzler Dr. Hans Luther zum Präsidenten des Reichsbankdirektoriums. Die Übergabe der Amtsgeschäfte soll am 3. April erfolgen. Die Bestätigung der Wahl durch den Reichspräsidenten ist, wie die Reichsbank mitteilt, nachgesucht worden. Ihr stehen Schwierigkeiten nicht im Wege.

+ + +

Das Kapitel Schacht kann mit der Wahl Luthers als erledigt gelten. Schacht hat sich zweifellos seinen Rücktritt als Sensation gedacht. Die Plötzlichkeit, mit der er seinen Rücktrittsentschluss publizierte, die Manipulation des Marktkurses am Montag und anderes mehr deuten darauf hin. Die Sensation ist ausgeblieben. Ruhig und sachlich vollzieht sich der Wechsel im Präsidium der Reichsbank. Schacht geht - Luther kommt!

Die Haltung der Öffentlichkeit, die in keiner Weise auf die Rücktritts-demonstration Schachts reagierte, beweist nur den hohen Grad, zu dem die Konsolidation der deutschen Währung vorgeschritten ist. Nicht der Mann, an dessen Namen sich die Einführung der Festmark knüpft, wird von ihr als Garantie für die Währungsfestigkeit angesprochen. Massgebend sind die allgemeinen Verhältnisse, ist die Untermauerung der Währung durch Gesetz und Wirtschaft. Andererseits beweist die Stellungnahme der Öffentlichkeit, welchen geringen Kontakt Schacht zu ihr noch hatte.

Schacht hat eine Geldpolitik betrieben, die den Erfordernissen der Wirtschaft nur zögernd gerecht wurde. Seine Restriktionen haben der Wirtschaft geschadet. Die Börse ist heute noch durch den von Schacht verschuldeten "schwarzen Freitag" als Finanzierungsinstrument der deutschen Wirtschaft ausgeschaltet. Im übrigen hat die Rolle Schachts während der Pariser Verhandlungen und während der Anleiheverhandlungen mit dem Reich im Dezember 1929 die ganze Sprunghaftigkeit dieses Charakters hervortreten lassen. Die Führung der deutschen Geldpolitik muss in Händen eines Mannes liegen, der über der Politik steht. Dieser Mann war Schacht nicht. Durch seinen Amoklauf gegen den Youngplan trat er in das Bewusstsein der Öffentlichkeit als Hindernis für die Durchführung des Neuen Planes, den Wirtschaft und Geldmärkte in Deutschland nicht entbehren können. Im Rahmen der Internationalen Bank war Schacht, nach dem, was im Haag und nach den Haager Verhandlungen vorgefallen ist, eine unmöglich Figur.

Sein Nachfolger Dr. Luther bringt u.a. den Fundus internationalen Vertrauens mit. Er gehört mit zu dem Kreis von Männern, die die Locarnopolitik einleiteten. Darauf beruht jenes internationale Vertrauen, das Luther für sich in Anspruch nehmen kann. Er wird dieses Vertrauen zu Gunsten der deutschen Währung und der deutschen Geld- und Kreditpolitik nur mehren können, wenn er die Fehler politischer Übergriffe, wodurch sich sein Vorgänger kaltstellte, vermeidet. Luther kann auch noch etwas anderes für sich in Anspruch nehmen. Er kommt, im Gegensatz zu Schacht, der einseitig Finanzmann war, aus einer Atmosphäre, die stark wirtschaftliche durchsetzt ist. Die Beziehungen Luthers zur Wirtschaft, nicht nur zu den Konzernverwaltungen, sondern auch zum Komplex der Mittel- und Kleinbetriebe, sind eng. Zumindesten kann man davon erwarten, dass er Wirtschaftsnotwendigkeiten in der Diskont- und Kreditpolitik der Reichsbank mehr Rechnung trägt, als das sein Vorgänger getan hat.

Auch die Kunst der Menschenbehandlung wird bei Luther besser ausgeprägt sein als bei Schacht. Luther ist überdies von Haus aus Kommunalpolitiker. Er war lange in den deutschen Gemeindeorganisationen tätig und bis zu seiner Berufung zum Reichsminister Oberbürgermeister in Essen an der Ruhr. Der neue Reichsbankpräsident ist also mit dem Organismus der städtischen Verwaltung und der städtischen Wirtschaft verwachsen, während die Massnahmen seines Vorgängers den Eindruck einer weltanschaulichen Feindschaft gegen die Gemeinden erweckten. Hoffentlich wird sich diese Einstellung des neuen Reichsbankpräsidenten auf das Gebiet des Kommunkredits auswirken.

Wir sind weit entfernt davon, dem neuen Reichsbankpräsidenten Vorschusslorbeeren zu spenden: Man muss die Taten des neuen Mannes abwarten. Allerdings sehen wir in der andersgearteten Persönlichkeit Luthers günstigere Voraussetzungen für die Reichsbankpolitik.

SPD. Amsterdam, 11. März (Eig. Drahtb.)

Das Mitteilungsblatt des Internationalen Gewerkschaftsbundes bemerkt zu der gemeinsamen Pariser Entschliessung der Arbeiterinternationale und der Gewerkschaftsinternationale zur Seeabrüstung, dass beide Körperschaften klar und völlig unzweideutig nicht nur den Ernst der friedliebenden Absichten der britischen Arbeiterregierung lobten, sondern gleichzeitig die Doppelzüngigkeit der anderen Regierungen der Londoner Konferenz, die in ihrem Vorgehen keineswegs durch Liebe zum Frieden beseelt würden, verurteilthätten. Die Vereinigten Staaten wollten unter allen Umständen eine der englischen gleichkommende Flotte. Die französische Regierung begehe die unglaubliche Ketzerei, auf der Seeabrüstungskonferenz zur Begrenzung der Seerüstungen eine beträchtliche Erweiterung ihrer Kriegsflotte zu fordern. Das imperialistische Italien des Faschismus fordere durch sein Begehren nach Angleichung seiner Flottenstärke an die der stärksten Seemacht des europäischen Kontinents eine Verdreifachung seiner Flotte. Der einzige Zweck dieser Flotten aber sei die Vorbereitung des nächsten Krieges und die Diplomaten der genannten Regierungen suchten in London lediglich einen Schlag zu parieren, den die Arbeiterregierung ihrer pazifistischen Heuchelei zugefügt habe.

Es sei ein grosses Verdienst der englischen Arbeiterregierung - so schliesst das Mitteilungsblatt des I.G.B. - dass sie die fraglichen Regierungen entlarvte und es sei Pflicht der Arbeiter der ganzen Welt, die ernsten Anstrengungen der britischen Arbeiterregierung zugunsten des pazifistischen Ideals zu unterstützen.

SPD. Das Ergebnis der Verhandlungen zwischen den Vertretern der Sozialdemokratie, des Zentrums, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei über das Finanzprogramm ist in den Fraktionen am Dienstag zur Diskussion gestellt und gleichzeitig der Reichsregierung mitgeteilt worden. Die wichtigsten Ergebnisse dieser Besprechungen sind:

1. Die Länder erhalten das Recht, Zuschläge zur Biersteuer zu erheben und damit für die Deckung ihrer Fehlbeträge zu sorgen.
2. Für den dadurch entstehenden Ausfall erhält das Reich den vollen Ertrag der Mineralwassersteuer und der Erhöhung der Benzin- und Benzolzölle. Daneben wird eine Ausgleichsabgabe für im Inland erzeugtes Benzin und Benzol in derselben Höhe eingeführt. Von dem dem Reich durch den Fortfall der Biersteuer entstehenden Verlust von 150 Millionen werden auf diese Weise 110 Millionen gedeckt.
3. Für den Restbetrag von 40 Millionen, die dann noch zu decken bleiben, ist eine geringfügige Erhöhung der Umsatzsteuer geplant, die um 0,05 Prozent, d.h. von 0,75 auf 0,80 Prozent erhöht werden soll.
4. Ferner ist zur Erleichterung des Hereinströmens ausländischen Kapitals und zur Förderung des Absatzes festverzinslicher Wertpapiere die Aufhebung der Kapitalertragssteuer für alle festverzinslichen Wertpapiere ab 1. Oktober 1930 geplant. Der dadurch im Jahre 1930 entstehende Ausfall von 45 Millionen könnte durch den Fortfall der Umsatzsteuerfreiheit für die Einfuhr aufgebracht werden.
5. Als Ausgleich für die Einführung der Mineralwassersteuer ist die Erhöhung der Sektsteuer geplant. Ferner sollen Qualitätsweine in Flaschen in der Form einer Gemeindegetränkesteuer besteuert werden.

Neben diesen Steuerfragen sind in den Verhandlungen auch noch die Streitungen, die im Etat des Reichsarbeitsministeriums in Höhe von 35 Millionen vorgenommen wurden, - Herabsetzung der Wöchnerinnenhilfe 15 Millionen, Herabsetzung der Zollerträge an die Invalidenversicherung 20 Millionen besprochen worden. Über diese und einige andere Fragen der Ausgabegestaltung konnten gemeinsame Vorschläge noch nicht gemacht werden.

+ + +

In der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wurden am Dienstag im einzelnen gegen das Programm erhebliche Bedenken geltend gemacht. Eine endgültige Stellungnahme der Fraktion wird in einem späteren Stadium erfolgen.

SPD. London, 11. März (Eig. Drahtb.)

Das Unterhaus wird am kommenden Donnerstag ein konservatives Misstrauensvotum gegen die Regierung und einen Abänderungsantrag zu diesem Misstrauensvotum, der von der Linken der Fraktion der Arbeiterpartei eingebracht worden ist, debattieren. In diesem Antrag des radikalen Flügels der Partei heisst es ua., dass weder Freihandel noch Schutzzölle eine geeignete Grundlage für den Aussenhandel einer Nation darstellen; die heutigen Verhältnisse beanspruchen eine internationale Regelung von Angebot und Nachfrage, sowie die Schaffung von staatlichen Grosseinfuhr- und -Ausfuhrämtern. Die Regierung wird schliesslich aufgefordert, die Arbeitslosigkeit sofort zu vermindern, indem sie die zu jungen und zu alten Arbeiter vom Arbeitsmarkt entfernt und durch Schaffung eines "Kulturlohnes" den inneren Markt stärkt.

SPD. Aus den amtlichen Listen über die Abstimmungen des Reichstags zum Youngplan ergibt sich, dass beim Artikel 1, der die Zustimmung zum Youngplan und zur Rheinlandräumung vorzieht, drei Mitglieder der Fraktion der Deutschen Volkspartei nicht beteiligt haben und zwar die Abgg. v. Gilsa, Hueck und Königeter. Vom Zentrum haben sich die Abgg. Bornefeld-Ettmann und Feilmayr der Stimme enthalten, während der Abg. Dr. Föhr-Baden gegen die Younggesetze gestimmt hat. Das Abstimmungsergebnis, das zuerst den Anschein erweckte, als ob noch eine grössere Zahl von Mitgliedern der Regierungsparteien der Abstimmung fern geblieben sind, hat nach Beendigung der Dienstag-Sitzung des Reichstags eine Berichtigung erfahren. Es sind tatsächlich 263 Stimmen für den Artikel 1 abgegeben worden. 174 Abgeordnete stimmten dagegen, 25 enthielten sich der Stimme.

An der Abstimmung über das Polen-Abkommen haben sich die Abgg. Becker-Arnberg und Gorig vom Zentrum, die Abg. v. Gilsa und Dr. Hugo von der Deutschen Volkspartei, sowie der Abg. Koch-Weser von den Demokraten nicht beteiligt. Der Stimme enthalten haben sich ausser den Vertretern der Bayerischen Volkspartei die volksparteilichen Abgeordneten Dr. Becker-Hessen und Cramm, sowie 11 Abgeordnete des Zentrums, nämlich die Abgg. Crone-Münzebrock, Dr. Drees, Feilmayr, Hofmann-Ludwigshafen, Dr. Klößner, Dr. Krone, Neyses, Dr. Schreiber, Tremmel, Frau Weber und Wilkens. Gegen das Polenabstimmen haben acht Abgeordnete der Deutschen Volkspartei und 18 Abgeordnete des Zentrums gestimmt, und zwar von der Deutschen Volkspartei die Abgg. Günter, Dr. Hoff, vom Zentrum die Abgg. Beek-Oppeln, Blum-Crefeld, Bornefels-Ettmann, Diez, Damm, Ehrhardt, Fahrenbrach, Dr. Föhr-Baden, Hartwig-Oppeln, Dr. Hermes, Imbusch, Dr. Köhler, Neumann, Dr. Perlitius, Dr. Schetter-Köln, Schlack, Ulitzka und Warnke. Auch dieses Abstimmungsergebnis hat eine Berichtigung erfahren. Das Polenabkommen ist mit 224 gegen 206 Stimmen bei 29 Enthaltungen angenommen worden

SPD. Koblenz, 11. März (Eig. Drahtb.)

Der vierfache Mörder Szmaj, der am vergangenen Sonnabend wegen Ermordung von vier polnischen Staatsangehörigen im Jahre 1921 viermal zum Tode verurteilt worden ist, hat jetzt im Gefängnis gestanden, die Morde ausgeführt zu haben. Im Verlauf der dreitägigen Gerichtsverhandlung hat er die ihm zur Last gelegten Taten entschieden bestritten.

SPD. Der Reichsfinanzminister gab am Dienstag in Übereinstimmung mit dem Reichskanzler im Reichsrat eine Erklärung ab, die folgendes besagt :

"Er halte es für richtig, einige Worte den Verhandlungen vorzuschicken, um zu verhindern, dass durch die Besprechungen der letzten Tage Verwirrung in die Verhandlungen gebracht werde. Die Reichsregierung habe dem Reichsrat ihre Deckungsvorlage zur Beschlussfassung vorgelegt, und nur diese Gesetzesvorlage sei Gegenstand der Verhandlungen. Er gebe diese Erklärung sowohl als Finanzminister wie auch im Namen des Reichskanzlers ab, der ihn ausdrücklich dazu ermächtigt habe, Die Regierung werde die Vorlage, wenn sie durch den Reichsrat verabschiedet sei, an den Reichstag bringen. Die zurzeit im Gange befindlichen Besprechungen zwischen einzelnen Parteigruppen hätten, wenn überhaupt, dann lediglich für die Haltung der Parteien im Reichstag Bedeutung. Die Regierung denke nicht daran, in dieser Frage die Führung aus der Hand zu geben."

SPD. Genf, 11. März (Eig. Drahtb.)

Die allgemeine Aussprache über den französischen Antrag wurde am Dienstagabend abgeschlossen. Da der Präsident des Ausschusses von den Delegationen nur eine Meinungsäußerung darüber verlangt hatte, ob sie den Vorschlag als weitere Diskussionsgrundlage annehmen wollten, lässt sich aus dem Verlauf der Aussprache kein sicherer Schluss ziehen. Der Versuch Frankreichs, sich und seinen Vorschlag als Retter der Konferenz hinzustellen, wurde von allen Staaten, die prinzipiell dem Zollfrieden zugestimmt hatten, sehr nachdrücklich zurückgewiesen. Auf der anderen Seite benutzte Italien natürlich die Gelegenheit, um seiner Schadenfreude über das Scheitern des Zollfriedens erneut Ausdruck zu geben. Eine Reihe Staaten verweigerten eine klare Stellungnahme unter Hinweis darauf, dass sie noch keine Instruktion von ihren Regierungen hätten. Von den meisten Rednern wurde betont, dass über die Annahme oder Ablehnung des Vorschlags das letzte Wort erst gesprochen werden könnte, wenn die endgültige Form gefunden sei, besonders erst, wenn die Liste der verlangten Ausnahmen vorliegt.

Eine andere Frage ist, ob bis zum 1. April das Abkommen überhaupt in Kraft treten kann. Zum Beispiel betonte der Vertreter Finnlands, das finnische Parlament könne ein solches Abkommen erst in seiner Herbstsession ratifizieren. Ein Redaktionsausschuss, der am Mittwoch zusammentritt, und dem als Berichtserstatter u. a. Dr. Hilferding angehört, soll versuchen, den französischen Vorschlag so umzugestalten, dass er zu einem praktischen Ergebnis führt. Man hofft hierbei auf eine wohlwollende Mitarbeit des englischen Handelsministers, der am Donnerstag wieder in Genf eintrifft. Die Stimmung der Konferenz ist pessimistisch.

SPD. Köln, 11. März (Eig. Drahtb.)

Die "Kölnische Zeitung" schreibt in ihrer Dienstag-Abendausgabe zu dem von den Regierungsparteien unter Ausschluss der Volkspartei vereinbarten Sanierungsprogramm :

"Auch dieses Programm bringt kein Herangehen an die grundsätzlichen Probleme des Finanzausgleichs, insbesondere der Kommunalsteuern (Realsteuern). Dass zudem in einer solchen Gemeinschaft, wo die Bayerische Volkspartei von ausschlaggebender Bedeutung ist, für Einkommensteuer-Senkungen kein Raum ist, ist selbstverständlich. Die Art und Weise, wie die Bayerische Volkspartei sich gegen eine Abschaffung des für Preussen so kostspieligen § 35 des Reichsfinanzausgleichs wendet, lässt allzu deutlich erkennen, dass Bayern im Gehege des bisherigen Steuersystems gar nicht so schlecht fährt. Ihm ist am besten gedient, wenn alles beim alten bleibt. Deshalb darf sich Bayern auch allmählich nicht wundern, wenn man sein Schimpfen auf den geltenden Zustand nicht mehr ernst nimmt. In einer Zeit, wo das Reich so hausieren gehen muss, um seinen Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen, empfehlen wir aber allen Sanierern und Reformern den § 35 auf baldige Beseitigung zu untersuchen. Damit könnte der Reichsreform, die doch einmal die Vorbedingung für eine wirklich durchgreifende Staatsreform ist, ein kräftiger Antrieb gegeben werden."

SPD. Der Berliner Polizeipräsident teilt zu dem Überfall zahlreicher Nationalsozialisten auf eine Reichsbannerveranstaltung in Röntgental u.a. noch mit :

"Die weiteren Ermittlungen haben zu weiteren Festnahmen geführt, sodass sich die Zahl der inhaftierten Personen zurzeit auf 14 beläuft. Gegen 11 Personen ist inzwischen vom Amtsgericht Bernau Haftbefehl wegen dringenden Tatverdachts erlassen worden. Drei Personen wurden im Laufe des Dienstag dem Amtsgericht zugeführt. Alle 14 gehören ausnahmslos der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und innerhalb dieser auch den bekannten Sturmabteilungen an. Eine Anzahl von ihnen hat die Beteiligung an dem Zusammenstoß bereits zugegeben; die anderen dürften durch die getroffenen Erhebungen und Zeugenaussagen der Täterschaft bzw. Mittäterschaft überführt werden. Wenn auch alle Beteiligten bisher bestreiten, von der Schusswaffe Gebrauch gemacht zu haben, so haben die Nachforschungen jedoch bereits derart belastendes Material ergeben, dass die Überführung zweier Personen schon jetzt als feststehend angesehen werden kann. Die Ermittlungsvorgänge sind der zuständigen Staatsanwaltschaft beim Landgericht III Berlin zugeleitet worden."

SPD. London, 11. März (Eig. Drahtb.)

Am Dienstag herrschte auf der Flottenkonferenz der Eindruck vor, dass Frankreich unter dem sehr starken englischen und erheblichen amerikanischen Druck eine gewisse Neigung zur Nachgiebigkeit hinsichtlich seiner Tonnageforderungen zu zeigen beginnt. In der britischen Pressekonferenz wurde z.B. betont, dass die englisch-französischen Experten sich "auf gewisse Ziffern als einer brauchbaren Diskussionsgrundlage" geeinigt hätten. Das offizielle Konferenzkommuniqué spricht von einem Fortschritt, der bei den Expertenbesprechungen erzielt worden sei.

Es wird angenommen, dass Frankreich auf etwa 200 000 Tonnen verzichten wird. Die praktische Bedeutung dieses Verzichts dürfte zumindest für die ersten Jahre noch gering sein, da die französische Flotte nach den offiziellen französischen Angaben etwa 150 000 bis 200 000 Tonnen überalterter Schiffe besitzt, deren Ausserdienststellung die Kampfkraft der französischen Marine nicht wesentlich beeinträchtigen würde, falls die übrigen von Frankreich geforderten 524 000 Tonnen voll und ganz ausgeschöpft werden würden. Die Kompromissbereitschaft scheint sich also praktisch auf das Ausmass zukünftiger Ersatzbauten zu erstrecken und das gegenwärtige französische Flottenbauprogramm keineswegs zu berühren.

SPD. Warschau, 11. März (Eig.Drahtb.)

Der von der sozialistischen Sejm-Fraktion kürzlich gegen den reaktionären Arbeitsminister Oberst Prystor eingebrachte Misstrauensantrag scheint zu einer Kabinettskrise zu führen, da die dikatorischen Obersten des Regierungsblocks, denen das mit dem Parlament zusammenarbeitende Kabinett schon lange nicht behagt, bestrebt sind, die Gelegenheit zu benutzen, um das Kabinett zur Demission zu zwingen. Das der Oberstengruppe nahestehende Abendblatt "Przegłond Wietzorny" spricht am Dienstag mit Bestimmtheit die Ueberzeugung aus, dass der Sturz des Kabinetts Bartel am Freitag oder Sonnabend bei der Abstimmung über den Misstrauensantrag gegen Prystor zu erwarten ist. Die Oberstengruppe wolle vor allem versuchen, das Amt des Aussenministers mit dem Adjutanten Pilsudskis, Oberst Beck, zu besetzen. Zaleski solle als Botschafter nach London gehen.

SPD. Halle, 11. März (Eig.Drahtb.)

Die Wahlen zum Arbeiter- und Betriebsrat in den Leunawerken endeten am Dienstag mit einer eklatanten Niederlage der Kommunisten, die seit 1920 das Werk völlig beherrschten. Für die Liste der freien Gewerkschaften wurden 5060 Stimmen, für die Kommunisten 4600 Stimmen abgegeben. Es entfallen Mandate zum Arbeiterrat auf die freigewerkschaftliche Liste 12 (10), Christen 1 (1), Werkvereinsliste 5 (3), Revolutionäre Opposition 12 (16). Die Mehrheit der Kommunisten im Arbeiterrat ist damit gebrochen.

Der Betriebsrat zählt künftig: Freie Gewerkschaften 10 (8), Christen 1 (0), Werkvereinsliste 4 (2), Kommunisten 9 (14).

SPD. Warschau, 11. März (Eig.Drahtb.)

In Warschau streikte am Dienstag aus Protest gegen die Steuerpolitik der Regierung der grösste Teil der jüdischen kleinen Kaufleute und Handwerker. Auch aus dem Lande werden zahlreiche Protestkundgebungen gegen die Regierung wegen deren Steuerpolitik gemeldet.

SPD. London, 11. März (Eig.Drahtb.)

Das Unterhaus beschäftigte sich am Dienstag nochmals mit der Bergbaugesetzgebung der Regierung, die sich noch immer in dem zwischen der zweiten und dritten Lesung gelegenen sogenannten Komitee-Stadium befindet. Es liegen eine Reihe von liberalen Abänderungsanträgen vor, bei denen sich die Regierung einer geschlossenen liberalen und konservativen Front gegenüber befindet. Obwohl die Lage der Regierung äusserlich keineswegs günstiger ist als bei früheren Gelegenheiten, bei denen sie mit knapper Not einer parlamentarischen Niederlage entging, so begann die Verhandlung am Dienstag doch in einer ruhigeren Atmosphäre. Man hatte den Eindruck, dass die beiden Oppositionsparteien diesmal weitaus geringere Anstrengungen gemacht haben, ihre Reserven zur Abstimmung heranzuholen, als bei den früheren Debatten über die strittigen Klauseln der Bergbaugesetzgebung. Dieser Eindruck wurde bei der Abstimmung über den ersten der drei liberalen Anträge verstärkt. Anstelle der überaus knappen Regierungsmehrheit von voriger Woche erzielte sie am Dienstag beim ersten Abänderungsantrag eine Mehrheit von 30 Stimmen. Das Abstimmungsergebnis wurde von der Fraktion der Arbeiterpartei mit lebhaftem Beifall begrüsst.

SPD. Wien, 11. März (Eig.Drahtb.)

Eine Reichskonferenz der freien Gewerkschaften nahm am Dienstag eine Entschliessung gegen das Antiterrorgesetz an. Die Arbeiter und Angestellten werden aufgefordert, dem Ausnahmegesetz schärfsten Widerstand entgegenzusetzen.

Reichstags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 11. März (Eig. Bericht)

Am Dienstag war der Plenarsaal des Reichstages während der ganzen Verhandlungsdauer ausserordentlich stark besetzt. Mehr als 450 Abgeordnete hatten sich eingefunden. Ein seltener Fall. Alle Fraktionen hatten ihren Abgeordneten das Erscheinen wegen der Youngabstimmung zur Pflicht gemacht. Nur Schwerkranke und durchs onstige Pflichten abgehaltene Parlamentarier sind Berlin ferngeblieben.

Bevor die Abstimmungen über die Younggesetze erfolgten, fand eine bemerkenswerte Auseinandersetzung zwischen Reichsrat und Reichstag statt. Der Reichstag hat vor einigen Wochen unter sozialdemokratischem Einfluss einen Gesetzentwurf angenommen, der die Rückflüsse aus den Hauszinssteuer-Hypotheken für den Wohnungsbau sichern will. Es sind im Laufe der letzten Jahre etwa vier Milliarden Mark für Hauszinssteuerhypotheken gegeben worden. Jetzt schon fliessen jährlich 40 bis 50 Millionen Mark in die Länderkassen zurück; später werden es 120 Millionen Mark im Jahre sein. Die Länder aber verwenden einen Teil dieser Rückflüsse aus den Hauszinssteuer-Hypotheken für ihren allgemeinen Finanzbedarf. So hat allein die preussische Regierung 12½ Millionen Mark Rückflüsse aus Hauszinssteuermitteln für den allgemeinen Finanzbedarf eingesetzt. Der Reichsrat hat gegen die Annahme des Gesetzentwurfes Einspruch erhoben, sodass es der Reichstag mit 2/3 Mehrheit bestätigen muss, wenn es Gültigkeit bekommen soll. Es entspann sich eine längere Debatte, an der sich u. a. die sozialistischen Abgeordneten Lipinski, Frau Kurfürst und Ferl beteiligten. Für den Reichsrat sprach nur der bayerische Volksparteiler Trossmann. In namentlicher Abstimmung bestätigte der Reichstag mit 421 gegen 42 Stimmen seinen früheren Beschluss. Damit ist der Einspruch des Reichsrats zurückgewiesen.

Mit grosser Spannung werden die Erklärungen des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei zu den Youngabstimmungen erwartet. Für das Zentrum erklärte der Abg. Dr. Brüning in wenigen Sätzen, dass seine Fraktion in ihrer Mehrheit sich entschlossen habe, den Gesetzentwürfen zuzustimmen, da die feste Gewähr gegeben sei, dass die Sicherung der Finanzen erfolgen werde. Der Führer der Bayerischen Volkspartei, Prälat Leicht, erklärte dagegen, dass seine Fraktion sich der Stimme enthalten werde, da nicht genügend Sicherungen für die Finanzsanierung vorliegen. Es folgten über einstündige Abstimmungen, die zum Teil namentlich waren. Der Artikel 1 des Gesetzes, der die Zustimmung zu den Vereinbarungen im Haag mit den Anlagen und dem Schlussprotokoll, ferner die Zustimmung zu den Vereinbarungen über die Räumung des Rheinlandes und die Tätigkeit der Vergleichskommission enthält, wurde mit 251 gegen 174 Stimmen bei 26 Enthaltungen angenommen. Die Minderheit bestand aus Nationalsozialisten, Deutschnationalen, Christlich-Nationalen, Wirtschaftspartei und Kommunisten. Die Bayerische Volkspartei und die Deutsche Bauernpartei, auch einige Zentrumsabgeordnete, haben sich der Stimme enthalten. Angenommen wurde dann Artikel 2, der die Zustimmung zur endgültigen Fassung des Sachverständigenplanes und zu den einzelnen Vereinbarungen über die Internationale Bank, die Moratoriumsklausel usw. enthält. Die Mehrheit bestand aus 261, die Minderheit aus 173 Stimmen bei 25 Enthaltungen. Artikel 3 (belgisches Markt-Abkommen) wurde ebenso wie der Rest des Gesetzes in einfacher Abstimmung angenommen. Mehrere Anträge auf Erlass einer Räumungsamnestie wurden abgelehnt. Dagegen wurde ein Antrag der Christlich-Nationalen, der eine allgemeine Amnestie in Reich und Ländern fordert, dem Rechtsausschuss überwiesen. Ein Antrag der Nationalsozialisten, die Rede des Reichsaussenministers Dr. Curtius öffentlich anzuschlagen, wurde unter grosser Heiterkeit gegen die wenigen Stimmen der nationalsozialistischen Abgeordneten abgelehnt. Angenommen wurde mit den Stimmen der Regierungsparteien das Reichsbahngesetz, das Reichsbankgesetz und das deutsch-amerikanische Schuldenabkommen. Knapp wurde die Regierungsmehrheit bei dem deutsch-polnischen Abkommen, da hier auch Mitglieder der Deutschen Volkspartei und des Zentrums mit der Opposition stimmten, ein anderer Teil des Zentrums sich der Stimme enthielt. Das Abkommen wurde mit 224 gegen 207 Stimmen bei 30 Enthaltungen

angenommen. Das deutsch-englische Liquidationsabkommen fand Annahme mit 254 gegen 177 Stimmen. Auch die übrigen Liquidationsabkommen wurden angenommen. Unter den nationalsozialistischen Anträgen verdient noch einer Erwähnung, der die Aufhebung der Bestimmungen des Versailler Vertrages über die Begrenzung von Deutschlands Heeresstärke auf 100 000 Mann verlangt. Der deutschnationale Führer Graf Westarp erklärte dazu, seine Fraktion sei zwar mit der Tendenz des Antrages einverstanden, aber das Ziel sei nicht durch einseitige Erklärungen der deutschen Regierung zu erreichen. Darum werde sich die deutschnationale Fraktion der Stimme enthalten. Der nationalsozialistische Antrag wurde abgelehnt.

Als Präsident Löbe vorschlug, die dritte Beratung der Younggesetze auf die Tagesordnung der Mittwochsitzung zu bringen, liessen die Deutschnationalen durch den Abg. Schmidt-Hannover Einspruch erheben. Der deutschnationale Abgeordnete lachte selbst, als er verlangte, die dritte Beratung der Younggesetze solange zu vertagen, bis am Freitag das Wahlprüfungsgericht über das Freiheitsgesetz geurteilt habe. Nach der Meinung seiner Fraktion sei das Freiheitsgesetz durch den Volksentscheid angenommen. Der Reichstag lachte Herrn Schmidt wegen dieser Behauptung aus und brachte die dritte Beratung der Younggesetze auf die Tagesordnung am Mittwoch. Der Reichskanzler wird am Mittwoch zur Schlussberatung das Wort nehmen. An der endgültigen Annahme der Younggesetze in der Reichstagsitzung am Mittwoch ist nicht zu zweifeln.

SPD. München, 11. März (Eig. Drahtb.)

Die Bayerische-Volkspartei-Korrespondenz hat von dem in Berlin weilenden Parteivorsitzenden Schaeffer über die Situation für die dritte Lesung des Youngplanes Informationen erhalten, nach denen sich die Dinge wie folgt gestalten sollen:

"Nachdem sich das Zentrum damit begnügt hat, dass der Reichspräsident sich für Massnahmen zur Sanierung der Kassenlage bis zum 1. April verbürgt hat und um dieser Zusicherung willen am Dienstag bei der zweiten Lesung für den Youngplan gestimmt hat, dürfte zunächst die kritische Situation beendet sein. Wenn die Partie so bleibt, wird am Mittwoch der Youngplan eine tragfähige Majorität finden und das Kabinett wird zunächst in seinem Bestand nicht bedroht sein, auch wenn die Deutsche Volkspartei dem Reichsfinanzminister die Gefolgschaft versagt. Herr Moldenhauer wird dann mit seinem vom Kabinett gebildeten Finanzprogramm vor den Reichstag treten. Die Stellung der Bayerischen Volkspartei zu diesem Programm ist bekannt. Es kann nicht als eine Erfüllung der Forderungen betrachtet werden, die die Bayerische Volkspartei zugunsten einer dauerhaften Sanierung der Reichsfinanzen erheben muss. Die Bayerische Volkspartei findet also bei der dritten und entscheidenden Lesung des Youngplanes eine Situation vor, die es ihr unmöglich macht, dem Haager Abkommen die Zustimmung zu erteilen."

SPD. Paris, 11. März (Eig. Drahtb.)

Die Aufräumarbeiten in dem südfranzösischen Katastrophengebiet haben bisher nach einer amtlichen Mitteilung zur Bergung von 211 Toten geführt. Allerdings konnten die Trümmerstätten in den einzelnen Gehöften und auf dem flachen Lande noch nicht untersucht werden. Auch in den grösseren Ortschaften sind die Bergungsarbeiten noch lange nicht beendet. Wegen der seit drei Tagen herrschenden Wärme macht die Verwesung der Leichen rapide Fortschritte. Die mit der Bergung beschäftigten Soldaten sind restlos mit Gasmasken ausgerüstet worden. Schwierig gestaltet sich zurzeit auch die Trinkwasserversorgung, da beinahe sämtliche Brunnen im Ueberschwemmungsgebiet verseucht sind.

Auf Vorschlag Herriots hat die Stadt Lyon die Patenschaft für den Wiederaufbau der Ortschaft Villemur übernommen, die von der Ueberschwemmung bis aufs letzte Haus zerstört worden ist.

Die Schreckensnacht von Moissac.

SPD. Moissac (Südfrankreich),
im März 1930 (Eig. Bericht)

Unser nach dem französischen Überschwemmungsgebiet entsandter Sonderberichterstatter schildert hier die tragische Nacht, in der sich plötzlich die Wassermassen der Garonne und des Tarn und ihrer Nebenflüsse in die Täler, Dörfer und Städte ergossen. In Moissac wurden bis jetzt 152 Tote geborgen.

Seit Tagen hat es geregnet, es giesst, der Schnee auf den Höhen ist geschmolzen, die Bäche schwellen, der Kanal rauscht, der Tarn rauscht, es jagt die Garonne, es fließt und giesst. Es wird Abend, es wird Nacht. Frühzeitig ist die Stadt schlafen gegangen und alles Leben auf den Strassen und in den Lokalen erloschen. Keine Katze wagt sich bei diesem Regen hinaus. Elf Uhr, Mitternacht!

Zwei junge Burschen kommen hastig von der Eisenbahn, biegen in eine Seitenstrasse und sehen plötzlich Wasser vor sich. Tappen hinein, es reicht bis an die Knöchel, hüpfen erschrocken zurück, machen einen Umweg, stehen wieder vor Wasser, diesmal noch mehr, suchen wieder die vorhergehende Strassenkreuzung, das Wasser ist gestiegen, es schwillt zusehends, von Minute zu Minute, das ist schon ein Bach, der sich hereinwälzt, aus der unteren Stadt brüllen bereits Kühe, es regnet, es giesst und das Wasser strömt durch die Strassen, es schwillt und schweilt. Kein Zweifel: der Kanal hat nachgegeben, das Wasser ist durchgebrochen. "Heraus aus den Häusern", hie und da öffnet sich ein Fensterladen, Köpfe sehen heraus, schimpfen über die Ruhestörung, die Läden schließen sich wieder, die Burschen schreien wilder, lauter, Nachtwächter und Eisenbahnbeamte kommen hinzu, schlagen mit Stöcken an die Läden und Tore, Vieh brüllt an allen Enden, es regnet, es giesst und die Wasser strömen. Licht wird in den unteren Stockwerken der Häuser, lauter schreit das Vieh in seiner Angst, Kinder plärren, in den Hemden stehen die Bewohner an den Fenstern, junge Burschen mit aufgespanntem Regenschirm kommen in Bütteln die Strasse heruntergerudert, ein Heidenspass, sie rudern weiter, jetzt wird ihnen Angst, sie halten sich fest an einem Haustor, lassen sich öffnen und sind froh, in einer Stube zu sein. Immer mehr Wasser, es gurgelt, die Glocken des St. Peter läuten Sturm.

Wohin? Die haben da oben gut läuten! Wir können ja nicht mehr auf die Strasse, das Wasser steht kniehoch, es ruft aus allen Ecken und Enden, in den Kasernen wecken die hellen Trompeten, das Wasser schwillt und steigt, Nachen rudern und laden zur Mitfahrt ein. Ach was, wozu, in die Stube wird es nicht kommen. Sollen wir die Kinder diesem Regen aussetzen? Das ist ein Spass für die jungen Burschen und Mädchen, aber nicht für uns! Es giesst und strömt und schwillt und gurgelt.

Ein Uhr nachts! Das Wasser läuft bereits in die Haustüren.

"Vater unser"... leiern alte Frauen... "und behüte uns vor allem Übel"... da...es geht wie ein Schlag durch alle Körper, die Glühbirnen erlöschen, dunkle schwarze Nacht in den Häusern und auf den Strassen. Totenstille, nur die Wasser gurgeln! Ein Angstschrei folgt aus tausend Kehlen, das Vieh reisst an den Ketten, es brüllt und schlägt wider die Wände, Kinder weinen, Mütter schreien, die Glocken läuten und das Wasser steigt. Es dringt durch die Ritzen der Haustüren, es kommt vom Hof durch die Stubentüren, es steht in den Hausgängen, es quirlt und rieselt und fließt in die Zimmer. Der Ochs im Stall hat sich freigemacht, hat die Stalltüre eingedrückt und stösst mit den Hörnern wider das Hoftor. Die Ziegen schreien in Todesangst, die Hühner flattern und

die Menschen heulen. Stossen sich im Dunkel blutig, haschen in Schubläden, Kommoden und Schränken herum, reissen die Säuglinge aus den Wiegen und bringen sie in den ersten Stock. Bringen Habseligkeiten hinauf, Federbetten, den Sonntagsstaat, Schlüssel und das Wasser steigt. Bis zum Hals stehen schon Kühe und Pferde im Wasser, die Kaninchen sind erstickt und tot, dann und wann springt noch einmal eine Ziege hoch und versinkt wieder, ein toter Hund wird durchs offene Fenster in die Stube gespült. Aus dem ersten Stock steigen noch einmal die Männer die Treppe herab, waten bis zur Brust durch den See um die vergessene Taschenuhr zu holen, zu spät, das Wasser wächst schneller, zurück nach oben, der Schmerzensschrei einer Mutter kommt aus der Nachbarschaft und über-tönt alles Heulen und Brüllen und Toben: ihr Kind ist ins Wasser gefallen, in der Dunkelheit war es nicht sofort zu haschen, es ist unter die Treppe getrie-ben, es war nicht zu finden und jetzt, da es wieder angeschwommen kommt, ist es tot!

"Heilige Maria"... Tausende von Kehlen schreien und brüllen. Das Vieh ist bereits stumm geworden. Tote Kühe treiben auf der Strasse. Und immer noch giess es und immer höher schwillt die Flut. Draussen schwimmt das Hausgerät. Das Gas erlischt, noch dunkler wird die Nacht. Längst ist jeder Telefonverkehr unterbrochen und wild schreit es von der Eisenbahnstrecke her, wo auf dem Damm ein Personenzug im Wasser stecken geblieben ist.

Soldaten kommen mit Nachen, stellen Leitern an, helfen einsteigen, rudern mit Leibeskraften, dass die Kähne nicht an den Hauswänden zerschellen, laden die Geborgenen aus, rudern wieder zurück, unaufhörlich, hin und her, her und hin. Und das Wasser steigt. Höher und höher. Am Rande der Stadt reicht es bereits bis zu den Dächern. Dort sitzen die Menschen auf den Dächern, dort ist Hilfe am notwendigsten. Dort, wo es ins freie Feld geht, dämmert schon leise der neue Tag und dort erwartet ihn die Familie Besset, fünfzehn Menschen, die frierend und angstschlotternd auf dem Dach im Regen kauern. Seit zwei Stunden, zweihundert Jahren! Die Ziegel bröckeln, ein Mann klatscht ins Wasser: der Schwiegersohn. Die Familie sieht ihn schwimmen und kämpfen, ein Krach, ein Drittel des Daches bricht ab, die Tochter und zwei Enkel sind ins Wasser ge-fallen, eine zweite Tochter klammert an einer Latte, krach, das Holz hat nachgegeben, Plätschern, Rufen, Schreien, Heulen, Plätschern, Schwiegersohn, zwei Töchter und zwei Enkel versinken und ertrinken, "vor unsren Augen, und wir dürfen uns nicht rühren."

Ein Kanonenschuss! Kommt Hilfe? Ach nein! In der Stadt ist das erste Haus eingestürzt. Für eine Minute ist wieder Totenstille. Unter den Trümmern rührt sich keine Seele. Dann schreit und weint und heult und bittet und fleht und bittelt es wieder aus allen Fenstern und von allen Dächern. Dorthin sind sie bereits geflüchtet, denn immer noch steigt das Wasser, kommt höher und höher. Drückt die Decken zu den oberen Stockwerken ein, die Wände reissen, die Bal-ken knistern, die Dächer bröckeln, immer mehr Wasser, von unten, von oben, von den Seiten, Mauern schwanken, wieder ein Donner, wieder versinkt ein Haus in den Fluten. Es ist Tag geworden, es regnet, es strömt, es gurgelt und fließt das Wasser sind die Menschen gewöhnt, auch den Frost und die Kälte, und durch-nässt sind sie seit Stunden. Ein grösserer Schrecken ist gekommen: die Mauern wanken, die Häuser bersten, stürzen zusammen und werden zum Grab. Schneller und schneller rudern die Retter. Da sind zwei junge Burschen, einhundertundsech-zehn Menschen, Frauen, Kinder, Männer haben sie schon aus den Häusern geholt und in Sicherheit gebracht, wieder fahren sie ab, rudern durch die Gassen, hören auf keinen Ruf, weil sie wissen, wo die Hilfe am dringendsten ist, ru-dern, ein Haus stürzt ein und dem ältesten der Beiden schlägt ein Balken die Wirbelsäule ein. Der Überlebende bringt den toten Kameraden zurück.

Zwei andere Burschen haben schwimmend zwei Mädchen geborgen, das Wasser schwemmt die Retter ab, hinaus aufs Feld, die Mutigen halten sich an einem Baum fest, klettern in die Krone und sitzen dort, dreissig Stunden, bis das Wasser abgezogen ist, denn niemand in der Stadt wusste ihren Aufenthalt. Da

drinnen haben sie andere Sorgen und Qualen. Sitzen auf den Dächern, auf stehen-gebliebenen Mauern, stundenlang, einen Tag, eine Nacht, bis tief in den neuen Tag, bis sie geholt werden können. Da ist wieder ein Haus eingestürzt, Vater, Mutter und zwei Töchter treiben auf den Fluten. Alle vier retten sich auf eine andere Mauer, die Mutter hat eins der Kinder im Arm, die Mauer bröckelt ab, Mutter und Kind fallen ins Wasser, treiben ab, ertrinken und die Übriggebliebenen sitzen, sehen den Todeskampf, schreien und toben und können nicht helfen. Dort ist eben eine andere Mutter ins Wasser gefallen. Sie hat ihr Kind im Arm, rettet sich auf eine Mauer, die bricht wieder zusammen, sie rudert weiter und kann die dritte Mauer nicht erreichen, sie versinkt und die später gefundene Tote hat ihr Kind so fest in den Arm gepresst, dass es ihr die Totenwärter nicht abnehmen können und die Mutter mit dem Kind im Arm in den Sarg legen müssen.

Sechsendreissig Stunden hat die Nacht von Moissac gedauert, die gleich der Nacht war von Agen, von Montauban und von den Tausenden aller Dörfer, Städte und Gehöfte zwischen Beziers und Bordeaux. Sechsendreissig Stunden dauerte diese Nacht, in der sie mit dem Wasser und dem Tod schreiend und zitternd gerungen haben. Jetzt, da die Wasser fort sind und die Nacht vorüber ist, sind sie stumm und starr geworden. Keine Träne in keinem Augen, nur der Widerschein des Schreckens und des Grauens. So irren sie herum, zwischen ihren Toten, zwischen den Trümmern ihrer Häuser, das zum Grab ihrer Väter, und Mütter ihrer Gatten und Kinder geworden ist. Stehen davor und lauschen, ob nicht doch noch ein Lebenszeichen der Verschütteten hervordringe, ob es wahr ist, ob es zusammengesunken ist, vernichtet, was sie ererbt, erschafft, errungen haben, in Jahrzehnten, mit Fleiss und Schweiss, mit Mühe und Not und was versunken ist, vernichtet in dieser bangen Nacht, die länger währte als alle Jahre und Monate und Wochen und Tage ihres Lebens. Irren, suchen, stehen und lauschen und sind immer noch nicht erwacht von dieser Nacht, und dort, wo es hell wird in den Gedanken und die Wahrheit dämmert, bei jenen verlassenen Müttern und bei jenen von Frau und Kindern allein zurückgelassenen Vätern, dort kommt plötzlich noch einmal ein Schrei, ein Lachen, kalt und scharf wie ein Messer: der Irrsinn, der in das ewige Vergessen treibt.

Am Rande der Strasse aber sitzt ein alter neunziger Greis, im Stuhl, in der Sonne, klappert mit den Holzschuhen, trommelt mit den Füssen und lächelt vor sich hin, still und vergnügt, und neben ihm seine Tochter, die den Mann und die beiden einzigen Söhne verloren hat und starr geworden ist..

Stalins "Weltpolitik".

Interview mit dem Generaldirektor der Rumänischen Staatspolizei.

SPD. Bukarest, Mitte März (Eig. Bericht)

Der Generaldirektor der Rumänischen Siguranza Stan Emanuel empfing den Bukarester Korrespondenten des "Soz. Pressedienst" und äusserte sich ihm gegenüber über die Aufdeckung der sowjetrussischen Spionage- und Terrororganisationen in Rumänien wie folgt :

"Der Bukarester politischen Polizei ist es in den letzten 14 Tagen gelungen, einer sowjetrussischen Spionageorganisation in Rumänien auf die Spur zu kommen und das ganze über das Land gesponnene Spionagenetz aufzudecken. Nach zusammenhängenden Beaufsichtigungen und Beobachtungen verdächtiger Persönlichkeiten sowie einer unter strengster Verschwiegenheit durchgeführten Untersuchung ist es der rumänischen Polizei gelungen, sämtliche Sowjetkuriere festzustellen, die bisher regelmässige Verbindungen zwischen den Zentren der russischen Tscheka in Harcov, Kiew und Odessa und den einzelnen europäischen Hauptstädten sowie speziell mit Bukarest aufrechterhalten. Die Sowjetspionage in

Rumänien leitete ein gewisser Valentin Belov. Dieser Name ist natürlich ein Deckname, hinter dem sich ein gewisser Cuprian Simion versteckt, ein junger Kommunist im Alter von 26 Jahren.

Das Leben eines Spions.

Cuprian Simion, ist gebürtiger Lipowener aus dem Dorfe Izdereschti im Bezirke Konstantza, unweit der Stadt Harschowa. Mit 12 Jahren erlebte Simion im Weltkrieg den Einbruch und den Rückzug der russischen Armee. Russische Krankenschwestern nahmen den Jungen damals mit, bildeten ihn im Lazarett-dienst aus und beschäftigten ihn zuerst in einem russischen Stabslazarett in Braila-Galatz, später in Kiew. Im Jahre 1917 wurde Simion in Kiew als Dolmet-scher in einem Handelshaus angestellt, wo er bis zum Jahre 1922 tätig war. In diesem Jahre wollte er über Odessa nach Rumänien reisen, um seine Mutter in seinem Geburtsorte zu besuchen. Aus dieser Reise sollte jedoch nichts werden, denn in Tiraspol wurde Simion von Tscheka-Organen im Oktober 1922 verhaftet. Er wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, weil er die geschlossene Gren-ze "Schwarz" passieren wollte. Unterdessen erfuhr Simion, dass sein Vater vor einigen Jahren aus Rumänien ausgewandert war und sich in Südrussland angesie-delt hatte. Er suchte ihn nach seiner Entlassung aus dem Odessaer Gefängnis auf und versuchte seinen Vater zu überreden, heimlich mit ihm zusammen nach Rumä-nien zurückzukehren. Da ihnen trotz mehrerer Versuche die Ausführung dieses Planes nicht glückte, gaben sie ihr Vorhaben auf und liessen sich zusammen in Tiraspol nieder. Dem jungen Cuprian gelang es dann bald in einer Drogerie in Odessa angestellt zu werden. Sein Patron, der im Dienste der sowjetrussischen G.P.U. stand, fand an dem jungen, lebhaften und begabten Menschen Gefallen und überredete ihn, in die Dienste der sowjetrussischen Spionage zu treten.

Moskau in Bukarest.

Im Jahre 1928 wurde Simion von der G.P.U. als Kurier angestellt. Vor allem hatte er zwischen den Organen der Tscheka in der Ukraine und Bessarabien die Verbindungen zu der russischen Sowjetspionage in Rumänien aufrechtzuerhalten. So musste Instruktionsmaterial, Geldsenkungen, chriffrierte Briefe und Auf-träge in rumänisch-Bessarabien genau bezeichneten Stellen gegen Quittungs-leistung aushändigen. Tatsächlich gelang es Simion, mehrere Male heimlich den Dnjester zu überqueren und sich seinen Aufträgen zu entledigen. Ausserdem war er es, der bei den Grenzüberschreitungen des russischen Hauptspions Caramanow durch Revolverfeuer die Aufmerksamkeit der rumänischen Grenzposten auf sich lenkte und hierdurch das Überqueren des Dnjesters durch Caramanow ermöglichte.

Die G.P.U. als Mordzentrale.

Kürzlich wurde bei einer derartigen Gelegenheit Caramanow verhaftet, wäh-rend der sich in seiner Begleitung befindliche Simion in die Waldungen am Dnjesterflusse flüchtete, sich hier mehrere Stunden verborgen hielt und schlies-slich auf Umwegen die bessarabische Hauptstadt Kischinew erreichte. Da er wusste dass die rumänische Polizei ihm auf den Fersen war, versteckte er sich in Ki-schinew, und reiste schliesslich, statt sich der ihm von der G.P.U. zuteil ge-wordenen Aufträge zu entledigen, nach dem Wohnsitz seiner Mutter in Ghizde-reschti im Bezirke Konstantza. Dort wurde er eines Tages überrascht, gefesselt und dann nach Bukarest überführt, wo zunächst eine Gegenüberstellung mit dem russischen Hauptspion Caramanow und dem früheren Chef der rumänischen Polizei Tibacu erfolgte. Dabei gelang es der Polizei, den ganzen sowjetrussischen Spionageplan und die Moskauer Spionageorganisation in Rumänien zu enthüllen. Auf Grund umfassender Aussagen der drei Verhafteten konnte ferner einwandfrei festgestellt werden, dass die vor mehreren Wochen im Bukarester Hotel "Carol"

begangenen Morde an einem gewissen Fialko und an dem Kischinewer Journalisten Iacobovici auf das Konto der sowjetrussischen G.P.U. zu buchen sind. Der Mörder, ein gewisser Cernah, ist ein Agent der G.P.U., der von seiner Zentralstelle zur Verübung des Verbrechens kommandiert wurde und der nach glücklich vollbrachter Tat nach Odessa zurückkehrte. Die Mordtat erfolgte, nachdem Fialko und Iacobovici in Kischinew und Bessarabien der sowjetrussischen Spionage auf die Spur gekommen waren und den kommunistischen Interessen in Rumänien entgegenarbeiteten. In der gleichen Zeit als die Morde verübt wurden, verschwanden aus Kischinew über die Dnjestergrenze mehrere Personen, die mit der Presse in näherem Kontakte standen, und denen bei der Mordtat der G.P.U. eine bedeutende Rolle zugefallen sein muss. Im Interesse der Untersuchung können in dieser Sache augenblicklich keine weiteren Angaben gemacht werden.

Organisierte Eisenbahnattentate.

Ausser der Aufdeckung der Spionageorganisation hat die Bukarester Polizei inzwischen festgestellt, dass auch die in letzter Zeit in Rumänien verübten zahlreichen Eisenbahnattentate auf Moskauer Initiative zurückzuführen sind. Eigenartigerweise steht an der Spitze dieser kommunistischen Terrorgruppe eine Frau aus Bessarabien namens Raia Drapind, die in Cetatea Alba wohnt, und sich in bessarabischen Kommunistenkreisen wegen ihres männlichen Auftretens besonderer Achtung erfreut. Dieser Tage konnte die ganze Bande verhaftet werden. Haussuchungen förderten ausserordentlich belastendes Material zu Tage: Bomben, Minen, Dynamit, Zündschnüre, amtliche Fahrpläne mit genauer Zugfolge, die im freien Handel nicht zu haben sind, sowie genaue Aufzeichnungen, in welcher Stunde und Minute die Züge der Strecke Bukarest-Ploeschti-Buzau bestimmte Brücken und Tunnels passieren. Trotzdem sowohl die Bandenführerin als auch die Bandenmitglieder jede Aussage verweigern, hofft die Bukarester Polizei, auch diese Terrororganisation, die zweifellos von Moskau aus geleitet und inspiriert wird, restlos aufzudecken und ihre Mitglieder der verdienten Strafe zuzuführen"

Revolution auf Haiti.

(Von unserem Sonderkorrespondenten.)

SPD. Santo Domingo, im März (Eig. Bericht)
Eine dreitägige unblutige Revolution hat dem politischen Wirken des Präsidenten der dominikanischen Republik, Horacio Vazquez, ein vorzeitiges Ende bereitet. Ein Diktator kleinen Formats, dieser heute achtlos beiseite geschobene Ex-Präsident, den Massenaktion und die Intrigen seiner Gegner buchstäblich aus dem Amte gefegt haben. Auch jemand, der gleich seinen grossen europäischen Kollegen Mussolini und Primo de Rivera die steigende Hitze im nationalen Kessel, die Anzeichen des Volksmurrens ignorieren zu können glaubte. Massloser Ehrgeiz und der Wunsch, das von ihm seit 1924 verwaltete Staatsamt auch weiterhin beizubehalten, hat ihm die Würde des Präsidentensessels gekostet. Sein Rücktritt, der nach einigen mehr amüsanten als bedeutsamen Fluchtepisoden nach der französischen und amerikanischen Botschaft mit Hängen und Würgen zustande kam, hat einer provisorischen Regierung den Weg zur Ausschreibung von Neuwahlen freigemacht. Wenn nichts Unvorhergesehenes dazwischen kommt, werden die mit Spannung erwarteten Neuwahlen zur Präsidentschaft am 15. Mai stattfinden.

Die dominikanische Republik liegt im Osten der Insel von Santo Domingo und grenzt an die Republik von Haiti. Auch hier haben amerikanische Marine-soldaten und Besatzungstruppen in den Jahren 1916 bis 1924 ihre Rolle gespielt, den erstaunten Einheimischen handgreiflich vor Augen geführt, was es mit der Friedfertigkeit amerikanischer Waffen auf sich hat. Auf Grund des Staatsver-

trages von 1907 steht dem amerikanischen Bundespräsidenten das Recht zu, einen Generalagenten für die dominikanischen Zölle zu ernennen. Beide Regierungen sind gebunden, diesem Agenten, der in Wirklichkeit das Kontrollorgan der dominikanischen Finanzen ist, in der Ausübung seiner Pflichten allen Schutz und Unterstützung angedeihen zu lassen.

Zuerst fand man sich so recht und schlecht mit dem amerikanischen Finanzprotektorat ab, versprach sich einen Aufschwung der dominikanischen Wirtschaft in der die Zuckerindustrie eine entscheidende Rolle spielt. Die Enttäuschung blieb nicht aus. Im Jahre 1916 brach eine Revolution aus, die zahlreiche Menschenleben forderte und zum Sturze des alten Präsidenten Jimenez führte. Als die Unruhen anhielten, benutzten die amerikanischen Behörden den willkommenen Anlass und landeten Marinesoldaten, die eine amerikanische Militärherrschaft unter dem Admiral Samuel Robison etablierten. Die Besetzung wurde bis zum Jahre 1924 aufrecht erhalten und erst zurückgezogen, nachdem der neugewählte Präsident Vazquez das Amt übernommen hatte. Vazquez' Amtsperiode lief im Jahre 1928 ab. Aber was ein in allen Sätteln gerechter lateinamerikanischer Politiker ist, findet schon seine Auswege. Kurz vor Beendigung des Amtstermins wurde im Landesparlamente eine Verfassungsänderung durchgepeitscht, die dem Präsidenten erlaubte, weitere zwei Jahre bis zum Mai 1930 auf seinem Posten zu verbleiben. Nach Ablauf dieser zwei Jahre sollte er sich vom politischen Leben zurückziehen und den anderen Aspiranten den Weg zum Präsidentensessel freimachen.

Seine Gegner behaupten nun, dass er diese Zusage gebrochen und alles darangesetzt hat, seine bereits öffentlich angekündigte Wiederwahl mit allen Mitteln durchzusetzen. Es war dieser Funke, der die lange schwelende Unzufriedenheit der politischen Elemente zur hellen Flamme entfachte. Schon seit längerer Zeit hatte sich die Opposition gegen Vazquez in einer neuen "Republikanischen Partei" gesammelt, die unter der Führung eines ehemaligen Anwalts Rafael Estrella Urena und eines führenden Zeitungsmannes Cäsar Tolentino steht. Die Unzufriedenen hielten ihre Zeit gekommen und beschlossen auf Drängen Urenas loszuschlagen. Urena, eine glänzende Persönlichkeit, jung, mit der bestechenden Redegabe eines Volkstribuns, wurde an die Spitze der Aufständischen gestellt und kurzerhand zum General ernannt. Die unter der Wirtschaftskrise leidenden Bauern schlossen sich ihm begeistert an. Die dominikanische Armee verhielt sich bis auf eine Handvoll Soldaten untätig und stellte dem Vorrücken der bewaffneten Bauern auf die Hauptstadt keinen Widerstand entgegen. In drei Tagen beherrschten die Aufständischen das ganze Land. Der Vize-Präsident Alfonseca war zurückgetreten, die führenden Staatsmänner und Parlamentarier in die immunen Gesandtschaften der fremden Mächte geflüchtet.

Es war ein groteskes, nur unter dieser grellen Tropensonne mögliches Bild, als 2000 bewaffnete Bauern in ihren weissen Arbeitsanzügen in den frühen Morgenstunden die Hauptstadt besetzten und ihrer Kampfbegier durch wildes Abschliessen der alten Gewehre begeisterten Ausdruck verliehen. Diesem revolutionären Akt um der Besetzung der strategischen Punkte folgten Beratungen in der amerikanischen Botschaft, an denen im Namen des Rebellenführers Urena der Bauerngeneral Jose Estrella teilnahm. Es soll ein recht komisches Bild gewesen sein, als der eilends von einem Gesandtschaftssekretär herbeigeholte "General" mit einem alten Theatersäbel am Bandelier und einer farbenprächtigen Schärpe um den Leib auf der Botschaft erschien und dort von den Belangen der Revolution zu sprechen begann.

Die schlechte Wirtschaftslage und Unzufriedenheit der Zuckerpflanzler mag manches zu diesem Aufstande beigetragen haben, zu dem nach berühmten Mustern mancher mit den Verhältnissen der dominikanischen Republik unzufriedene amerikanische Kapitalist sein Scherflein beigesteuert haben wird. Bei alledem ist klar, dass die Revolte des Februar 1930 auf die politischen und sozialen Vorstellungen der Dominikaner gar keinen Einfluss hat. Was gestern Vazquez war, wird heute Urena sein. Das ist ein Wechsel, der gerade Washington im Hinblick auf die starken Strömungen gegen Vazquez wegen seiner allzu deutlichen Zuneigung zum Staatsdepartement nicht unangenehm sein mag.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Strafrecht und Kriminalroman.

SPD. Das Problem der gesetzlichen Abschaffung der Todesstrafe in Deutschland harrt immer noch der Lösung. Tatsächlich wird keine Todesstrafe in Deutschland mehr vollstreckt, aber die letzte Entscheidung über ihre gesetzliche Abstimmung im Zusammenhang mit der Strafrechtsreform steht immer noch aus. Die Aussichten sind günstig. Indessen wird von anderer Seite her die plumpste Vergeltungs- und Abschreckungstheorie im Strafrecht neu belebt. Man diskutiert in England über die Abschaffung der "Katze", d.h. der Prügelstrafe für gewisse Kategorien von Verbrechen. Die neunschwänzige Katze, die gewalttätigen Räubern und Zuhältern droht, ist ein schmählicher Ueberrest aus jener barbarischen englischen Strafjustiz, die noch im 19. Jahrhundert gewöhnliche Diebe am Galgen aufhängt. Man will in England von der Existenz der Prügelstrafe im Strafrecht wenig hören. Es gehört zum "Cant", zur Heuchelei der Wohlanständigkeit, dass man über dieses dunkle Kapitel wie über andere schweigend hinweggeht.

Der Selbstmord eines Sträflings, der aus Furcht oder Ehrgefühl sich der Vollstreckung der Prügelstrafe durch den Tod entzog, hat die Diskussion in Gang gebracht. Es hat sich ein Verteidiger der Prügelstrafe gefunden und zwar in der Person des Schriftstellers Edgar Wallace, des Verfassers von Kriminalromanen. Seine Argumente für die Prügelstrafe sind die bekannten Beweisgründe der Anhänger der Todesstrafe: Humanitätsduselei, die zwar verlangt, dass man Räuber nicht prügelt, aber nicht verlangt, dass unschuldige Bankkassierer niedergeschlagen werden. Dazu die Behauptung, dass durch die abschreckende Wirkung der Prügelstrafe gewalttätige Raub- und Zuhälterei in England fast völlig unbekannt seien. Das letztere ist ebenso unrichtig wie es die Behauptung sein würde, dass die Aufhebung der Todesstrafe auf Diebstahl die Zahl der Diebe in England gewaltig vermehrt hätte. Als man jeden Dieb hängte, gab es mehr Diebe als heute in England, wo man sie ins Gefängnis steckt.

Diese Begeisterung für die neunschwänzige Katze ist ein böartiger Rückfall in plumpste Vergeltungsinstinkte und in den Abschreckungsaberglauben: Der Verfasser von Kriminalromanen ist keineswegs sachverständig für das Strafrecht. Die Welt sieht nicht so aus wie sie in Detektivromanen gemalt wird, und der Verbrecher auch nicht. Der übliche Detektivroman beruht auf grösster Typisierung: hier der abschreckende Teufel von Verbrecher, dort die verfolgte, meist weibliche Unschuld. Er ist ein Appell an die primitivsten Instinkte. Der Autor von Detektivromanen braucht Vergeltung und Abschreckung, weil seine Welt des Verbrechers so ist, wie man sie vorgestern sah. Todesstrafe und Prügelstrafe sind für den Kriminalromanen das notwendige Korrelat des Kitsches - wir wollen uns jedoch von den Fabrikanten solcher Typenware weder unsere Gesetze noch unsere Auffassung vom Zweck des Strafrechts vorschreiben lassen.

Immer wieder Orden!

Die Bestimmung des Art. 109 der Reichsverfassung: "Kein Deutscher darf von einer ausländischen Regierung Titel oder Orden annehmen" wird immer wieder lustig durchbrochen. Die Preussische Regierung hat in einem Falle für Abhilfe gesorgt. Nachdem festgestellt war, dass der Prinz von Hohenzollern und Sigmaringen rumänische Orden im Namen des Königs von Rumänien an einige seiner Angestellten verliehen hat, ist der Regierungspräsident in Sigmaringen darauf hingewiesen worden, dass das Tragen solcher Orden unbefugt und daher strafbar sei. Die Preussische

Regierung hat sich ferner an das Auswärtige Amt gewandt, damit es dem König von Rumänien nahe lege, von derartigen Ordensverleihungen Abstand zu nehmen.

Das ist löblich - wann kommt aber endlich das Vorgehen gegen die Verleihung päpstlicher Orden? Der Heilige Stuhl hat erst letztthin den Pius- und Gregorius-Orden in verschiedenen Klassen verliehen. Es wurden bedacht: ein früherer Reichskanzler, ein aktiver Reichsminister, drei aktive preussische Staatssekretäre und andere hohe Beamte sowie der Fraktionsführer des preussischen Zentrums, Die dekorierten Herren haben sich über die zwingende Vorschrift des Art.109 der Reichsverfassung hinweggesetzt. Die Begründung, dass es sich nicht um Orden einer ausländischen Regierung handle, ist hinfällig, nachdem die "Stadt des Vatikan" als souveräner Staat anerkannt ist. Es wäre die Aufgabe des Reichsinnenministeriums, Klarheit darüber zu schaffen, dass Annahme und Tragen päpstlicher Orden mit der Reichsverfassung nicht vereinbar ist.

Kommunistenpoesie.

Der sublimen Dichter Kasimir Sublimier aus Breslau dichtet in der kommunistischen Presse die folgende poetische Verherrlichung der neuesten Gewerkschaftslinie der kommunistischen Zentrale. Sie soll die Arbeiterschaft begeistern, nicht freigewerkschaftliche, sondern kommunistische und unorganisierte Betriebsräte zu wählen. Hier ist die Sublimier'sche Spitzenleistung:

Wir wollen uns, eh' wir wählen gehn
Die Brüder noch einmal besehn,
Die immer noch nicht wissen,
Dass sie verschwinden müssen.

Ob Hakenkreuzler, Hirsch und Christ,
Ob Werkvereinler, Reformist,
Ob Stahlhelmbrüder, Brandlerrechte,
Alle sind Unternehmerknechte.

Alle deutschen Arbeiter sind Unternehmerknechte, mit Ausnahme von Herrn Kasimir Sublimier aus Breslau. Daher müssen alle verschwinden und übrig bleibt allein Herr Kasimir Sublimier mit seiner sublimen Poesie. Ein anderer kommunistischer Dichter hat Abzählreime für Kinder fabriziert. Da heisst es:

"Eins und zwei und drei und vier
Kommunisten heissen wir,
Und Gewehre wollen wir tragen,
Schwarzweissrot zum Teufel jagen.
Wer im Kampfe bleibt zu Haus,
Der muss raus."

Und das wird auf Flugzetteln an Schulkinder verteilt!

Mit dem Knüppel.

Dr. Eduard Stadler, Propagandist des "Stahlhelm", deklamierte in einer Stahlhelmversammlung in Labes:

"Macht muss geschaffen werden zur Eroberung des Staates. Und wenn der geistige Ringkampf nicht ausreicht, muss Mann gegen Mann mit dem Knüppel dreingeschlagen werden, solange bis eine Partei endgültig erledigt ist."

Für den Knüppel haben sie immer geschwärmt! Früher hiess es: Haut die Juden, heute heisst es: Haut die Republik! Das Ergebnis der Knüppelpolitik war jedoch bisher immer höchst unerfreulich für jene, die den Knüppel anbeten.

„Aus aller Welt“

Wer ist die Tote?

Die Ermordete lebt - ein Glück für den "Mörder".

SPD. Diese Geschichte einer Leiche, die sich kürzlich in Ternay, einer kleinen französischen Provinzstadt zutrug, gehört zu den rätselhaftesten Kriminalaffären dieser Zeit. Ein Mann ging an der Rhone spazieren und sah im Wasser eine Leiche schwimmen. Bis heute weiss man nicht um wen es sich handelt... und dabei klappte es mit der Aufklärungsarbeit erst so schön.

Der Spaziergänger alarmierte die Polizei, der ganze Ort geriet in Aufregung, schliesslich rückte die Gemeindefeuerwehr an. Der schwimmende Körper war die Leiche eines jungen Mädchens, das offenbar einem Verbrechen zum Opfer gefallen war. Die Tote trug keine Papiere bei sich. Nach ihrer Kleidung zu schliessen schien sie der arbeitenden Bevölkerung anzugehören. Der Gerichtsarzt stellte fest, dass das Mädchen erwürgt und später ins Wasser geworfen worden war. Nach drei Tagen wurde die Ermordete, ohne dass sich irgendwelche Angehörigen gemeldet hätten, auf dem Friedhof von Ternay begraben. Die Photographie der Toten wurde an alle Polizeistationen der Gegend verschickt, das Bild des Mädchens in sämtlichen Ortschaften angeschlagen. Nach einer Woche meldete sich ein Ehepaar aus einer benachbarten Stadt und erklärte, dass die Ermordete mit Hausmädchen Caroline Drecik, das seit einiger Zeit von ihrer Dienststelle spurlos verschwunden sei, identisch wäre. Die polizeilichen Ermittlungen ergaben, dass die Drecik Ende vorigen Jahres mit einem gewissen Ladislaus Ladjecki, ihrem Verlobten, aus Polen nach Frankreich eingewandert war.

Dieser Ladjecki musste etwas über das Schicksal des Dienstmädchens wissen. Vielleicht, dass er sogar der Mörder war, vermutete die Polizei. Man machte sich auf die Suche nach dem Polen. Von seiner letzten Arbeitsstelle war er verschwunden und zwar um die gleiche Zeit, als die Tote gefunden wurde. War das nicht ein Zeichen seiner Schuld? Wenige Tage später wurde Ladjecki auf der Landstrasse erkannt, verhaftet und unter dem Verdacht des Mordes in Untersuchungshaft eingeliefert. Er leugnete energisch. Caroline Drecik, seine einstige Braut habe ihn vor drei Wochen verlassen und sei mit einem anderen Polen auf und davon gegangen, um ihn zu heiraten. Untersuchungsrichter, Staatsanwalt und Polizeikommissar lächelten ironisch, als der junge Mann diese Aussage machte... Es hätte ohne Zweifel zu einem schlimmen Justizirrtum kommen können, wenn nicht im letzten Augenblick eine unerhörte Sensation das Gebäude der Anklage über den Haufen geworfen hätte. Der Untersuchungsrichter suchte gerade den Angeklagten von neuem mit den üblichen Mitteln zum Geständnis zu bringen, als sich eine junge Frau in einer dringenden Angelegenheit bei dem Beamten meldete. Die Besucherin wurde hereingeführt, der Angeklagte atmete erleichtert auf, der Richter sank sprachlos vor Schreck in seinen Sessel, der Gerichtsschreiber liess den Federhalter fallen und alle starrten entgeistert auf die Frau, die vor ihnen stand. Es war - Caroline Drecik, die schöne Polin, die energisch gegen ihre "Ermordung" protestierte und die Freilassung ihres früheren Verlobten verlangte. Sie erzählte, dass sie seit einigen Wochen in einer nahen Stadt in glücklicher Ehe lebe und nur durch Zufall von der Affäre in der Zeitung gelesen habe. Es dauerte geraume Zeit, bis die Bestürzung der Beamten gewichen war. Der Verhaftete musste entlassen werden, denn gegenüber dieser Sprache der Tatsachen konnte auch der hartnäckigste Staatsanwalt eine Anklage nicht mehr aufrecht erhalten.

Alles wäre nun gut, wenn eben nicht immer noch die unbekannte Tote, die aus der Rhone gezogen wurde, existierte. Wer hat das Verbrechen begangen? Der Pole Ladjecki kommt als Täter nicht in Frage. Es muss ein Anderer der Mörder sein. Wer ist die Ermordete überhaupt? Man hat sie wieder ausgegraben, ihr Bild noch einmal an allen Plakatsäulen angeschlagen. Vergebens!

Die französischen Behörden beginnen den rätselhaften Fall, der ihnen so viel Kopfzerbrechen bereitet, zu verwünschen. Selbst die erfahrensten Fachleute, die aus Paris zu Hilfe geholt wurden, vermochten bisher das Rätsel von Ternay nicht zu lösen.

+ + +
Tetzner gesteht alles. Bei der zweiten Vernehmung in der Regensburger Untersuchungshaft hat der des Mordes und des Mordversuches beschuldigte Kaufmann Tetzner aus Leipzig endlich ein Geständnis abgelegt, nach dem er den unbekanntem Landstreicher, den er im November vorigen Jahres zwischen Leipzig und Hof zur Mitfahrt in seinem Auto eingeladen hat, buchstäblich bei lebendigem Leibe verbrannt hat. Tetzner gestand weiterhin, dass es seine Absicht war, einen Raubmord an sich selbst vorzutäuschen, um seine eigene Lebensversicherung durch seine Frau einkassieren zu lassen. Seine Frau, versichert Tetzner, habe den Plan gekannt und gebilligt.

Der Prozess gegen Tetzner wird vermutlich am 7. April in Regensburg beginnen. Gegen die unter Verdacht der Mitwisserschaft stehende Kassiererin Nagel wird wahrscheinlich keine Anklage erhoben werden, da sich der Verdacht gegen sie immer mehr entkräftet; ihre Haftentlassung ist in Aussicht genommen. Frau Tetzner will für sich eine psychiatrische Untersuchung beantragen.

+ + +
Ein gefährliches Mannweib. In der Sofioter Unterwelt war die 28 jährige Obsthändlerin Mara Georgiewa wegen ihrer ewigen Rauflust ebenso bekannt wie berüchtigt - jetzt ist sie zur Mörderin geworden. Da Mara schon äusserlich mehr einem Manne als einer Frau glich, abends von einer Kneipe in die andere zog, zechte und Händel suchte, hiess sie allgemein die "Mannsmara". Auf diesen Spitznamen war sie nicht wenig stolz. Als dieser Tage Mara eine Kneipe betrat und, obgleich schon reichlich angeheitert, wieder Alkohol begehrte, verlangte der Wirt zunächst die Begleichung einer älteren Schuld in Höhe von 70 Lewa (2,10 Mark). Es entstand ein heftiger Wortwechsel, in dessen Verlauf die "Mannsmara" ein grosses Messer hervorzog und dem Wirt mehrmals in den Leib stiess; tödlich getroffen sank der Wirt zu Boden. Bei der Verhaftung der Mörderin fand die Polizei in ihren Kleidern noch einen Dolch und einen Revolver.

+ + +
Ein renoviertes Kriegsschiff. Der zu Beginn des Weltkrieges den Türken verkaufte deutsche Schlachtkreuzer "Göben", der seither den Namen "Jawus Selim" trägt und der viele Jahre hindurch im Golf von Ismid halb unter Wasser gelegen hatte, ist jetzt so weit wieder hergestellt worden, dass er wieder verwendungsfähig ist. Das Schiff erschien dieser Tage auf einer Probefahrt vor Stambul und erzielte die gewohnte Wirkung: einen heftigen Ausbruch aller chauvinistischen Gefühle. Da der "Jawus Selim" weit stärker und schneller ist als jedes griechische Kriegsschiff, glauben die türkischen Ultranationalisten von jetzt ab Griechenland in der Hand zu haben. Tatsächlich bildet der "Jawus Selim" erst dann eine seekriegsfähige Einheit, wenn er von den nötigen kleinen Hilfsschiffen umgeben sein wird. Von zwei in Holland gebauten neuen U-Booten abgesehen sind jedoch sämtliche Schiffe der türkischen Flotte total veraltet.

+ + +
"Gesottene Tennisbälle". Die kaum 20 jährige englische Tennismeisterin Betty Nuthall wird im Sommer dieses Jahres in London ein eigenes Restaurant eröffnen, wofür sie bereits jetzt praktisch ausgebildet wird; der Tennisstar, von dem die englischen Blätter angstvoll wünschen, dass er seinen Gästen nicht nur "gesottene Tennisbälle" vorsetzen möge, hat die Beteiligung an verschiede-

nen englischen Tennistournieren des Frühjahres im Interesse des neuen Berufes abgesagt.

+ + +

Letzte "Europa"-Probefahrt. Der Lloyd-Dampfer "Europa" wird vor Antritt seiner Jungfernreise am 19. März am Freitag oder Sonnabend dieser Woche noch eine technische Probefahrt absolvieren, die als Abnahmefahrt gilt. Bis auf die erste Klasse ist der Dampfer für die Jungfernreise bereits völlig ausverkauft.

* + *

Deutsch-schwedischer Kinderaustausch. 500 bis 600 schwedische Kinder werden in diesem Jahre, entsprechend früherer Gepflogenheit, auf vier Wochen nach Deutschland reisen und danach mit den Kindern ihrer deutschen Wirte nach Schweden zurückkehren, wo die deutschen Kinder für einen gleichen Zeitraum Gastfreundschaft genießen werden.

+ + +

Höhenrekord einer Fliegerin. Die 18 Jahre alte amerikanische Flugzeugführerin Ellinor Smith hat mit ihrer Maschine die Rekordhöhe von 9755 Metern die bisher noch niemals von einer Frau erflogen worden ist, erreicht, verlor dann aber die Besinnung, weil der Sauerstoffapparat versagte. Das Flugzeug war um 2000 Meter gefallen, als seine Führerin wieder erwachte. Ellinor Smith ist Fliegerin seit ihrem 16. Lebensjahre.

+ + +

Verhaftung eines internationalen Museumsdiebes. Von der Brüsseler Kriminalpolizei wurde der vielgesuchte 35 Jahre alte Museumsdieb André Dagilo aus Montevideo verhaftet, der in der letzten Zeit in den Gemäldegalerien von Lausanne, Genf, Köln, Hamburg usw. Bilder namhafter Meister gestohlen hat. Ein gewisser Joseph Hamblock, einer seiner Komplizen, der erst 20 Jahre alt ist, konnte bereits vor einigen Tagen in Amsterdam gefasst werden.

+ + +

Riesengaunereien schlesischer Fahrkartenfälscher. Vor dem erweiterten Schöffengericht in Breslau begann der Prozess gegen eine Bande von Eisenbahnfahrkartenfälschern, deren Haupt der 30 Jahre alte Kaufmann Norbert Schernig ist und als dessen Helfershelfer die Krankenschwester Wendt, Schernigs Freundin, der Reisende Hiller, der Kaufmann Nowack und der Bahnsteigschaffner Auras auf der Anklagebank sitzen. Die Bande hatte von dem Breslauer Bahnsteigschaffner Auras täglich eine Anzahl der von den Reisenden abgegebenen Karten unterschlagen lassen. Schernig hat diese Karten unter Verwendung von unbedruckten Fahrkartenpappen, die aus den amtlichen Beständen der Eisenbahn gestohlen waren, erneuert. Die Karten sahen wie neu und unbenutzt aus und wurden innerhalb der viertägigen Gültigkeitsfrist als neu und unbenutzt reklamiert. Weil es sich freilich nicht lohnte, nur wegen einer einzigen Karte eine Reklamationsreise nach dem Lösungsort der Karte zu unternehmen, wurden wohlüberlegte Tournées zusammengestellt. Schaffner Auras musste nach Möglichkeit stets Karten zurückbehalten, deren Ausstellungsorte bequem auf einer Rundreise zu erreichen waren. Der Schwindel ist durch die Frechheit der Krankenschwester Wendt herausgekommen, die in Leipzig, wo sie mehrere Karten reklamierte, in einem Anfall von unglaublicher Unverschämtheit ins Reklamationsbüro ging, um sich über den Schalterbeamten zu beschweren. Die Karten wurden von dem Bürobeamten eingezogen, die Personalien der Inhaberin festgestellt - wenige Tage später verhaftete man sie in Breslau. Hier wurden ihre Beziehungen zu Schernig offenbar, der von der Polizei plötzlich überrascht wurde und sein wohllassortiertes Lager gefälschter Karten und ausgezeichnet konstruierter Fälscherwerkzeuge nicht mehr in Sicherheit bringen konnte.

Gewerkschaftliche Rundschau ✨

Porträt des Grössenwahns.

SPD. Wenn Lächerlichkeit töten könnte, wäre die KPD längst tot. Leider tötet Lächerlichkeit nicht, und daher treibt der Grössenwahn, der unter den Kommunisten grassiert, wieder einmal ganz tolle Blüten. Ihr Gewerkschaftsstrategie Merker scheint angesichts der bevorstehenden Lohnbewegung der Bauarbeiter schon jetzt völlig den Verstand verloren zu haben. Er brennt darauf, den Gewerkschaften ins Handwerk zu pfuschen und ohne viel Federlesens hat er daher sich selbst zum Generalissimus der Bauarbeiterbewegung ernannt. Der gelbrote Bramarbas erklärt dräuend: "Ueber eine Million Bauarbeiter in einer geschlossenen Front zum Angriff gegen sozialfaschistische Verräter und Unternehmer unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition muss sich den Sieg erkämpfen!"

Herr Merker hat weder Mandat noch Beruf zum Führer der Bauarbeiter. Das geht deutlich aus dem lebenswahren Porträt hervor, das der "Grundstein", das Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes, von ihm entwirft. Der "Grundstein" schreibt: "Merker ist nicht unser Mitglied. Er ist ein Aussenstehender. Er hat keinerlei legitimes Recht, sich in Gewerkschaftsangelegenheit zu mischen. Er hat zu dem Kampffonds der freien Gewerkschaften noch keinen roten Heller beigesteuert. Er hat den baugewerblichen Arbeiterorganisationen noch nicht ein einziges Mitglied zugeführt. Dafür hat er schon Hunderte hinausgeekelt oder durch seine hirnverbrannte Strategie für den Hinauswurf aus den freien Gewerkschaften reif gemacht. Und dieser Mann, der die freien Gewerkschaften im gleichen Masse hasst, als Gelber wie als Ultraroter, wirft sich ohne jeden Schein eines Rechtes zum "Führer" der Frühjahrslohnbewegung der deutschen Bauarbeiter auf. Er massiert sich an, die Taktik zu bestimmen und über den Geldbeutel der baugewerblichen Arbeiterorganisationen zu verfügen."

Und wer sind nun - so fragt der "Grundstein" nach der Porträtierung des kommunistischen Gewerkschaftsstrategen - die, denen Merker die Führung der deutschen Bauarbeiterschaft in der Frühjahrslohnkampagne kraft seiner Machtvollkommenheit durch Stalins Gnaden abspricht? "Das sind die durch Wahl eingesetzten Vertrauenskörperschaften der baugewerblichen Arbeiterverbände. Hintor ihnen stehen über 600 000 organisierte Bauarbeiter. Sie sind berufen auf Grund des freien Wahlrechts ihrer Mitglieder. Sie sind selbst Mitglieder ihrer Gewerkschaft. Sie sind altbewährte, sturmerprobte Kämpfer der Bauarbeiterbewegung. Sie sind durch das Vertrauen der gesamten Mitgliedschaft als Vorstand eingesetzt. Ihre Taktik bei Tarif- und Lohnbewegungen ist diktiert durch Beschlüsse massgebender Körperschaften ihrer Organisationen." Der Reichstarifvertrag für das Baugewerbe, fährt der "Grundstein" fort, ist 1927 vom Bundestag gutgeheissen worden. Dem Bundesvorstand wurde auf der Tagung Vertrauen und Dank ausgesprochen, und für diese Vertrauenskundgebung haben damals auch etwa ein Dutzend kommunistisch eingestellter Delegierter gestimmt. Der Reichsrahmenvertrag wurde im März 1929 erneuert. Auf den Bezirkskonferenzen, die dazu auf Grund des § 10, Ziffer 3 der Bundessatzung berufen waren, haben von 1850 Stimmberechtigten 1630 für und 247 gegen die Annahme des neuen Vertrags gestimmt. Die Politik der baugewerblichen Arbeiterorganisationen ist in jeder Weise rechtlich gestützt durch die Satzungen, durch Bundestags- und Konferenzbeschlüsse. Nur Bundesvor-

stand und Bezirksvorstände sind als gewählte Vertrauenskörperschaften des Bundes allein berufen, als erste an der Spitze im Verein mit den anderen beteiligten Arbeitergewerkschaften die fällige Lohnbewegung zu führen.

Verhinderte Napoleone eigenen sich vielleicht zum Weitertreiben der Weltrevolution, niemals aber zur Führung einer so ernstesten Angelegenheit, wie sie eine Lohnbewegung darstellt. Hier geht es um Leben und Sterben von Arbeiterfamilien, um Groschen, die für den Arbeiterhaushalt viel bedeuten. Hier sind nur Führer mit kühlem Kopf und heissem Herzen zu gebrauchen, nicht aber politische Glücksritter, die mit kaltem Herzen über ihre im Kampf zur Ehre Moskaus gefallenen Opfer hinwegsteigen.

SPD. Das gute Einvernehmen der Betriebsräte mit den Gewerkschaften ist den Unternehmern ein Dorn im Auge. Sie stöhnen darüber, dass bei keiner wichtigen Frage der Betriebs- oder Arbeiterrat allein von sich aus eine Entscheidung treffe, sondern sich stets vorher Instruktionen und Ratschläge aus den Gewerkschaftsbüros hole. Die Unternehmer, die die Betriebsräte von den Gewerkschaften losreissen möchten, vergessen, dass eine ganze Reihe der wichtigsten Aufgaben der Betriebsräte von diesen nur im Einvernehmen mit den Gewerkschaften gelöst werden können. So hat z.B. der Arbeiterrat nach § 78 BRG darüber zu wachen, dass die Tarifverträge durchgeführt werden. Die für besondere Betriebsvereinbarungen vorbehaltenen Lücken der Tarifverträge sind gleichfalls erst durch die Mitwirkung der Betriebsräte auszufüllen. Schon die Mitarbeit der Betriebsräte in der Durchführung der Tarifverträge allein würde vollauf genügen, um eine enge Arbeitsgemeinschaft zwischen Betriebsrat und Gewerkschaft zu rechtfertigen. Ein Unorganisierter, der vielleicht wegen seiner Nichtzugehörigkeit zur Gewerkschaft keinen Anspruch auf Tariflohn hat, wird sich kaum um den Tarif kümmern.

Das Theater, das die Kommunisten mit den unorganisierten revolutionären Betriebsrätekandidaten in der Betriebsrätewahlkampagne aufführen, kann dabei einem denkenden Arbeiter nur ein Lächeln abnötigen. Gewiss, auch gewerkschaftlich Unorganisierte sind nach dem Betriebsrätegesetz als Betriebsratsmitglieder wählbar. Allein in der Betriebsrätepraxis sind sie hilflos und aktionsunfähig. Auch tüchtige Betriebsräte fallen ebenso wenig wie Gelehrte vom Himmel herunter. Alles muss gelernt sein, und nicht einmal ein heller Kopf genügt zur Überwindung der Schwierigkeiten der Betriebsrätepraxis. Ohne Rückhalt bei den Gewerkschaften hängt ein Betriebsrat in der Luft. Unorganisierte revolutionäre Betriebsräte können wohl grosse Versprechungen machen, einhalten können sie ihre Versprechungen nicht.

Wer bei den Betriebsrätewahlen der Opposition seine Stimme gibt, hilft nur den Scharfmachern im Unternehmerlager, die allein an einer Trennung der Betriebsräte von den Gewerkschaften ein Interesse haben.

SPD. Der Konflikt zwischen dem Berliner Polizeipräsidenten Zörgiebel und dem Schrader-Verband ist nach einer Versprechung Schraders mit dem Präsidenten wieder beigelegt.

SPD. Vom Genralrat der Internationalen Transportarbeiter-Föderation ist die Errichtung eines Zweigsekretariats im Fernen Osten beschlossen worden. Lange Zeit hatte die I.T.F. im Fernen Osten nur vier Organisationsgruppen: drei in Indien und eine, die überwiegend aus weissen Arbeitern bestand, in Indonesien. Dazu kamen in den letzten Jahren vier weitere Organisationen, nämlich

der Verband der Steuer in Kalkutta, die Seemannsorganisation in Bombay, die Eisenbahnerorganisation in Nordchina und die Gewerkschaft der einheimischen Eisenbahner in Indonesien. Ferner ist damit zu rechnen, dass sich bald auch der Japanische Seemannsverband der ITF, anschliessen wird.

SPD. Der Bergarbeiterverband wendet sich in einem Aufruf an seine Mitglieder gegen das Verfahren von Ueberschichten und Ueberarbeit. Er betont, dass es in einer Zeit der Feierschichten, der Entlassungen und Lohnminderungen Wahnsinn sei, durch das Verfahren von Ueberschichten den anderen Kameraden in den Rücken zu fallen. Alle Bergarbeiter müssten, um das Elend nicht noch zu vergrössern, solidarisch handeln und unbedingt die Parole der Organisation befolgen. Die Arbeiter selbst müssten die indifferenten Elemente auf das Verderbliche ihres Tuns aufmerksam machen.

SPD. Die Altersversorgung ist die grosse Sorge der Arbeiter und Angestellten aller Schattierungen. Die Angst, frühzeitig auf dem Arbeitsmarkt zum alten Eisen geworfen zu werden, erfüllt in immer stärkerer Masse bei allen abhängigen Existenzen die Gemüter. Kein Wunder, wenn an allen Ecken und Enden Pensionsanstalten, Pensionskassen und dergleichen gegründet werden, um irgendwelche Sicherungen gegen Not im Alter zu schaffen. Ob alle die Einzelaktionen in der Altersversorgungsfrage Hilfe bringen? Wir haben Zweifel. Sobald die wirtschaftlichen Verhältnisse es einigermaßen gestatten, sollte die Frage der Altersversorgung systematisch angepackt werden. Im Zeitalter der Rationalisierung, wo der Mensch bereits mit 40 Jahren als zu alt für den Produktionsprozess angesehen wird, ist eine allgemeine Regelung der Altersversorgung aller Arbeitnehmer eine Notwendigkeit. Die einzelnen Versuche, die zur Zeit im Weg der Selbsthilfe in der Altersversorgungsfrage unternommen werden, können nur als Schrittmacher zu dem grossen Ziel einer allgemeinen Altersversicherung aller derer, die sich im Produktionsprozess krumm und lahm gearbeitet haben, betrachtet werden.-

+ + +

Die von den Schauspielern vor einigen Jahren geschaffene Pensionsanstalt der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger hat nach einer Darstellung des Direktoriums der Anstalt in der Lösung der Altersversorgungsfrage in der letzten Zeit gute Fortschritte gemacht. Die Anstalt hat, wie aus den Mitteilungen des Direktoriums hervorgeht, bereits trotz Theaterkrisen und trotz schlechter Gagen die nötige Anzahl von Mitgliedern, die für ihre auf versicherungstechnischer Grundlage beruhende Kasse notwendig ist. Aus eigener Kraft wurde das Vermögen binnen 3 Jahren auf 600 000 Mark erhöht. Der Vorstand arbeitet ehrenamtlich. Sämtliche Verwaltungskosten werden durch ausserordentliche Einnahmen gedeckt. Alle Beiträge fliessen ungekürzt dem Prämienreservefonds zu. Nach einer Wartezeit von 10 Jahren sollen Pensionen von 30 % der eingezahlten Beträge gewährt werden. Die monatlichen Beiträge betragen 5 Mark bis höchstens 50 Mark bei einer Versicherung ohne Beitragsrückgewähr, bzw. 60 Mark bei einer Versicherung mit Rückgewähr.-

Auch die Werksgemeinschaftler betätigen sich auf dem Gebiet der Altershilfe. So will der Reichsbund Deutscher Bühnenangestellten-Berufsverbände eine Werksgemeinschaftsorganisation - im Weg der Selbsthilfe eine Pensionskasse und eine Altershilfe für seine Mitglieder schaffen. Die Altershilfe soll frühestens im vollendeten 60. Lebensjahr und spätestens im vollendeten 65. Lebensjahr zur Auszahlung gelangen, falls der Angestellte durch die Reichsangestellten-Versicherung oder durch den Arbeitgeber pensioniert wird.



Sorgen der Kunstseidemagnaten.

(Neue Preisdiktatur - Verbraucher bezahlen die Überspekulation.)

SPD. Die schönen Zeiten für die Kunstseidenindustrie scheinen zunächst einmal vorbei zu sein. Das soll natürlich nicht heissen, dass etwa die Kunstseidemagnaten aus dem letzten Loch pfeifen, sondern nur, dass die Jahre mühsamer Rekordprofite für Aktionäre und Generaldirektoren sobald nicht wiederkehren werden.

Im Laufe des letzten Jahrzehnts hat die Kunstseidenindustrie der Welt einen in der Industriegeschichte fast beispiellosen Aufschwung genommen. Die Erfindung der Kunstseide fällt zwar schon in das Ende des vorigen Jahrhunderts; jedoch gehört die Kunstseide als Massenfabrikation zu den jüngsten Industriezweigen unserer Zeit. Erst die Erfindungen auf chemisch-technischem, besonders die Erfindung des Viscoseverfahrens, ermöglichten es der Kunstseidenindustrie durch radikale Verbilligung der Fabrikationskosten gegen die Vorherrschaft der Baumwolle und der Wolle erfolgreich zu konkurrieren. Welch sprunghaften Aufschwung die Weltproduktion an Kunstseide im Laufe des letzten Jahrzehnts genommen hat, beweist am besten die Tatsache, dass die Weltproduktion von 25 Millionen kg im Jahre 1920 auf 170 Millionen kg im Jahre 1928 und 190 Millionen kg im Jahre 1929 gestiegen ist.

Von dem Zuwachs im letzten Jahr entfällt auf die Fabrikation in Deutschland mit 25 Millionen kg fast die grösste Steigerung, obwohl die Einfuhr gleichzeitig von 8,5 auf 9,25 Millionen kg gestiegen ist. Jedoch war die Ausfuhr an Kunstseidegarnen und Kunstseideerzeugnissen aus Deutschland mit 8,25 gegen nur 5,75 Millionen kg im Vorjahr bei weitem stärker. Diese Entwicklung zeigt einwandfrei, wie haltlos die Zollforderungen der Kunstseidemagnaten sind.

So günstig sich die Produktionsentwicklung der Kunstseidenindustrie im letzten Jahr auf den ersten Blick auch ansieht, so meldeten sich doch bereits im Frühjahr vergangenen Jahres kritische Stimmen, die auf die drohende Überkapazität infolge des rapiden Tempos der Betriebsausbauten hinwiesen. Ein scharfes Warnungssignal bildeten ferner die ausserordentlich schweren Kurseinbrüche für Kunstseideaktien an den Weltbörsen im Laufe des letzten Jahres. Diese schweren Kursstürze waren schon nicht mehr eine Bereinigungsbaisse der spekulativ überhöhten Kunstseidenkurse, sondern drückten auf den Kurs weit schärfer als es der immer noch sehr hohen Rendite (tatsächliche Verzinsung des Anlagekapitals) für Kunstseideaktien entsprach.

Zu gleicher Zeit fand innerhalb der europäischen Kunstseidenindustrie ein erbitterter Kampf um die Absatzmärkte statt. Infolge der enormen Profitrate von 30 bis 40% hatte sich ein starkes Aussenseitertum herausgebildet, das im Schatten der grossen Konzerne kräftig gedieh. In Deutschland hatten diese Konkurrenzkämpfe zunächst den Erfolg, dass das Kunstseidekartell (Viscosekonvention) aufflog und die beiden grössten Viscosefabrikanten Deutschlands, der Glanzstoffkonzern-Elberfeld und der Farbentrust, sich den Krieg erklärten. Für die Masse der Verbraucher war dieser Zustand zunächst entschieden erfreulich, denn damit war endlich in die Preisdiktatur der grossen Konzerne Bresche geschlagen worden. Allerdings hat die Kunstseideindustrie alle Hebel in Bewegung gesetzt, um diesen störenden Zustand des offenen Kampfes so bald wie möglich wieder zu beseitigen und innerhalb Deutschlands ist es auch zwischen

den beiden Machtgruppen Glanzstoff und I.G. Farben wieder zum Frieden gekommen. Ausserdem werden wichtige Verhandlungen auf internationalem Gebiet vorbereitet, um ein europäisches Kunstseidekartell zusammenschweissen, das stark genug ist, den europäischen Verbrauchermassen einen Preisdiktator aufzuzwingen.

Die internationale Verständigung der Kunstseidemagnaten Europas wird zweifellos durch die gesunkenen Gewinne des letzten Jahres beschleunigt werden. Charakteristisch für die Auswirkungen der Kunstseidenkämpfe des Jahres 1929 ist der jetzt veröffentlichte Abschluss des grössten Konzerns der Welt, der englischen Courtaulds Company. Dieser Kunstseidenriese, der mit einem Kapital von 640 Millionen Mark arbeitet und hinter dessen Rekordgewinnen sich sogar der deutsche Glanzstoffkonzern verstecken muss, hat in seinem Abschluss für 1929 einen ganz erheblichen Gewinnabbau vornehmen müssen. Noch 1927 war Courtaulds in der Lage, seinen Aktionären neben einer 25prozentigen Dividende Gratisaktien in Höhe des Gesamtkapitals zu schenken. Bereits ein Jahr später wurden jedoch die Aktionärgewinne auf 15 % herabgesetzt; sie haben in dem jetzt vorliegenden Abschluss für 1929 eine weitere Senkung auf 10 % erfahren.

Trotz dieser starken Beschneidung der Dividende beläuft sich der Reingewinn dieses Riesenunternehmens immer noch auf mehr als 100 Millionen Mark. Infolge der katastrophalen Börsenverluste der Kunstseideaktien waren jedoch allein 33 Millionen Abschreibungen auf europäische Beteiligungen notwendig, die den Reingewinn entsprechend belasten. Die gegenwärtige Lage bei Courtaulds wurde auf der vor einigen Tagen abgehaltenen Generalversammlung vom Vorsitzenden in ziemlich düsteren Farben dargestellt. So sei die Leistungsfähigkeit in den Garnfabriken zurzeit nur zu 50 Prozent ausgenutzt, ohne dass sich dabei die Bestände verringert hätten. Die beabsichtigte Aufhebung des Zollschatzes durch die Labourregierung müsste verheerende Folgen nach sich ziehen. Aber auch wenn der Zollschatz der englischen Kunstseideindustrie erhalten bleibe, seien die Aussichten für 1930 keineswegs günstig.

Über die internationalen Verhandlungen hüllte sich Mister Courtaulds in Schweigen; jedoch ist bekannt, dass zwischen ihm und den führenden Kunstseideunternehmen des Kontinents sehr weitgehende Verhandlungen über internationale Preiskartellierung im Gange sind. Die selbstverschuldeten Schwierigkeiten in der europäischen Kunstseideindustrie sollen also so bald wie möglich auf die Schultern der Verbrauchermassen abgewälzt werden.

SPD. Die deutsche Industrie unterhält im Ausland zahlreiche Guthaben. Sie ist zum Teil dazu aus geschäftlichen Gründen gezwungen. Andererseits dienen diese Guthaben, die man verschämt Reserven nennt, den Zwecken der Kapitalflucht. Vor einigen Monaten hat ein Bankfachmann diese "Reserven" auf einige Milliarden Mark geschätzt.

Gerade im letzten Jahr dürften sich diese "Reserven" stark erhöht haben. Man erfährt das z.B. aus den Abschlüssen der schweizerischen Grossbanken. Die 8 wichtigsten Banken in der Schweiz weisen für das verfllossene Geschäftsjahr an fremden Geldern nicht weniger als 6,32 Milliarden Schweizer Franken aus. Nach Schätzung des Züricher Bankhauses Guyerzeller A.-G. entfallen von den 6,32 Milliarden zumindest 2 Milliarden auf das Ausland, insbesondere auf Deutschland.

Das lässt die Klagen unserer Industriellen über mangelnde Kapitalbildung in einem wesentlich anderen Licht erscheinen. Weiter wird dadurch aber auch die Wichtigkeit der Frage unterstrichen, der Kapitalflucht aus Deutschland zu steuern.

SPD. Trotz der Schikanen des Wirtschafts- und Zollkrieges hat der deutsch polnische Warenverkehr in den letzten Jahren zugenommen. Der Export Deutschland nach Polen steigerte sich beispielsweise von 348,24 Millionen Mark im Jahre 1927 auf 435,264 Millionen Mark im Jahre 1928. Der polnische Export nach Deutschland nahm von 345,456 Millionen Mark auf 410,414 Millionen Mark zu. Wird die Ziffer der deutschen Ausfuhr nach Polen bzw. die Ziffer der polnischen Ausfuhr nach Deutschland vor dem Ausbruch des Zollkrieges = 100 gesetzt, so stellen sich die entsprechenden Vergleichsziffern für die folgenden Jahre wie folgt dar

	Ausfuhr Deutschlands nach Polen	Ausfuhr Polens nach Deutschland
1925	26	57
1926	54	67
1927	94	102
1928	115	105.

Berücksichtigt man den deutsch-russischen Warenverkehr, so ergibt sich die nicht ganz uninteressante Tatsache, dass der Aufschwung des deutsch-polnischen Warenaustausches den sich aus dem Rückgang des deutsch-russischen Handelsverkehrs ergebenden Ausfall nicht nur kompensiert, sondern sogar um das Doppelte übersteigt.

Von einem deutsch-polnischen Handelsvertrag kann man eine Verstärkung der Handelsbeziehungen erwarten. Die Polen sind seit langem auf dem Gebiet der Exportförderung intensiv tätig. Zu diesem Zweck hat man ein staatliches Exportinstitut eingerichtet, das insbesondere die Ausfuhr veredelter Landesprodukte heben will. Tatsächlich ist es Polen gelungen, den Durchschnittswert pro Tonne Exportware von 93 Zloty im Jahre 1925 auf 122 Zloty im Jahre 1928 und 133 Zloty im Jahre 1929 zu steigern. Der Gesamtexport Polens steigerte sich von 1.265 Milliarden Zloty im Jahre 1924 auf 2.437 Milliarden Zloty in der Zeit von Januar bis November 1929. Der Import machte 1924 = 1.478 Milliarden aus, in den ersten 11 Monaten des Jahres 1929 dagegen 2.233 Milliarden Zloty.

Berliner Viehmarkt.

(11. März)

SPD. Das Angebot auf dem Schweinemarkt hat sich gegenüber der Vorwoche vermehrt. Die Steigerung wird von der Viehzentrale mit 10 % angegeben. Die Käufer nutzen die günstige Situation zu einem Preisdruck aus. Die Viehzentrale stellt fest, dass Berlin zur Zeit am niedrigsten notiert, trotzdem empfehle es sich nicht, schlachtreife Ware zurückzuhalten. Der Geschäftsgang auf dem Kälbermarkt war glatt. Auch hier war die Beschickung, besonders mit besten und mittleren Mast- und Saugkälbern, reichlich. Auf dem Rindermarkt konnten sich die letzten Notierungen halten.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:
Kühe: a) 40 - 46 (voriger Markt 42 - 47), b) 32 - 39 (34 - 40), c) 28 - 31 (29 - 32), d) 23 - 27 (23 - 28). Kälber: a) -, b) 75 - 81 (73 - 80), c) 60 bis 75 (60 - 72), d) 43 - 58 (45 - 58). Schweine: a) (über 300 Pfund) 71 -, (73 - 74), b) (240 - 300 Pfd.) 70 - 71 (73 - 74) c) (200 - 240 Pfd.) 70 - 71 (72 - 74), d) (160 - 200 Pfd.) 67 - 70 (70 - 72), e) (120 - 160 Pfd.) 64 - 66 (68 - 70), f) (unter 120 Pfund) -, g) (Sauen) 64 (67 - 68.)

Weiter rückläufig.

(Berliner Getreidebörse vom 11. März 1930.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse herrschte am Dienstag weiter schwache Stimmung. Am Markte der Zeitgeschäfte waren bei geringfügigen Umsätzen die Notierungen für Weizen und Roggen um 1 - 2 Mark rückläufig. Am Lokomarkt blieb das Angebot an inländischem Weizen knapp. Da aber das Ausland wieder schwächere Kurse meldete, insbesondere die amerikanischen Offerten ermässigt waren, musste auch der Preis für effektive Ware um etwa 1 Mark zurückgehen, zumal bei dem schleppenden Mehlabatz nur geringe Nachfrage herrschte. Roggen war nicht allzu reichlich angeboten, konnte aber gleichfalls infolge der geringen Kauflust der Mühlen seinen Preisstand nicht voll behaupten. Hier waren Rückgänge bis etw 2 Mark zu verzeichnen. Der Mehlabatz stockte fast völlig. Lediglich in feinen Auszugmehlen fanden einige Umsätze statt. Für Roggen waren die Forderungen um 25 Pfennig ermässigt. Hafer hatte gleichfalls schwache Tendenz. Auch für Gerste war das Angebot knapper geworden, da man vielfach mit höheren Einfuhrzöllen rechnet.

	<u>10. März</u>	<u>11. März</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	232 - 235	232 - 235
Roggen	141 - 145	139 - 144
Braugerste	160 - 170	160 - 170
Futter- und Industriergerste	140 - 150	140 - 150
Hafer	120 - 130	119 - 129
loco Mais Berlin	157	157
Weizenmehl	27,00-34,25	26,75-34,00
Roggenmehl	20,25-23,50	20,00-23,50
Weizenkleie	8,00- 8,50	8,00- 8,50
Roggenkleie	7,25- 7,75	7,25- 7,75

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 243 und Geld, Mai 253 $\frac{1}{2}$, Juli 262. Roggen März 157-156-157 $\frac{1}{2}$, Mai 163-162, Juli 165-164 $\frac{1}{2}$ -165. Hafer März 123 $\frac{1}{2}$ und Brief, Mai 132 $\frac{1}{2}$, Juli 139-138 und Geld.

Rauhfutternotierungen.

(Berlin, 11. März)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)		RM. 1,10 - 1,30
" Weizenstroh	"	" 1,05 - 1,20
" Haferstroh	"	" 0,90 - 1,00
" Gerstenstroh	"	" 0,95 - 1,05
Roggen-Langstroh, 2 mal mit Stroh gebündelt		" 1,15 - 1,35
Bindfadengepresstes Roggenstroh		" 0,95 - 1,15
" Weizenstroh		" 0,85 - 1,00
Häcksel		" 1,70 - 1,90
Handelsübliches Heu, gesund und trocken		" 1,80 - 2,10
Gutes Heu, gesund und trocken		" 2,50 - 2,90
Thymothee, lose		" 3,60 - 4,00
Kleeheu, lose		" 3,60 - 4,00
Mielitz-Heu, lose (Havel)		" 1,70 - 1,90
Drahtgepresstes Heu		Pf. 40 über Notiz

Tendenz: sehr still.

Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S + P + D

Berlin, den 11. März 1930.

Die letzte Nacht.^x

SPD. Ermüdet und wie berauscht von der schweren und verbrauchten Luft, in der sich Tabakrauch mit den Parfüms aus der ganzen Welt mischte, nervös von dem ewigen Blick auf die rollenden Kugeln an den Roulettetischen, verliess Ernesto die Spielsäle des Casinos und ging in den Park. Es wurde dunkel. Langsam begannen die Lichter von Monte Carlo und Monaco aufzuleuchten. Niemand war hier. Nur ein Stück vor sich sah Ernesto eine Frau langsam den Weg emporschreiten. Sie ging bis an die Balustrade und blickte ins Meer, das man nicht mehr sah, sondern nur noch hörte. Sie stand unterhalb einer Lampe, und so konnte man ihr Gesicht erkennen. Sie schien mit den Tränen zu kämpfen. Als Ernesto an ihr vorbeisritt, hörte er sie leise deutsche Worte flüstern. Er sprach sie an. Es schien die alte Geschichte zu sein. Sie hatte alles gespielt.

"Fahren Sie weg! Das ist das einzig Mögliche."

"Das kann ich nicht."

"Aber das Reisegeld...."

"Damit ist es nicht getan." Sie sah ihn lange und forschend an. Dann glättete sich ihr Gesicht. Ihre Stimme klang ruhig und fest: "Es ist vielleicht nicht richtig, aber.... Ich will es Ihnen sagen. Ich wollte aus meinem Beruf fliehen. Ich kann nicht mehr. Ich hasse das. Darum setzte ich alles auf diese eine Chance."

"Es gibt andere Berufe."

"Für mich nicht."

"Ein Weg ist immer zu finden."

Sie schüttelte den Kopf. Dann begann sie, als wollte sie von etwas ganz anderem sprechen: "Was sind Sie?"

"Journalist."

Ihre Züge wurden plötzlich bitter: "Also auch: Nachrichten."

"Nein, das mache ich nicht. Aber wieso "auch"? Sind Sie auch...."

"Gewissermassen. Ich war im Nachrichtendienst tätig. Nicht so einfach wie Sie. Im politischen Nachrichtendienst. Sie werden wissen, was das bedeutet. Aber ich hasse das. Daraus kann eben nur eine Kugel retten. Eine schwarze oder eine weisse. Die weisse am Spieltisch hat diesmal versagt. Aber lassen wir das. Ich mache Ihnen einen Vorschlag."

"Ich stehe zu Ihrer Verfügung."

"In einer Stunde ist Mitternacht. Sie wissen nicht, wer ich bin, und ich weiss nicht, wer Sie sind. Wenn Sie Lust und Zeit haben und mir ein Versprechen geben, möchte ich noch einmal tanzen, noch einmal Musik hören. Sie schwören mir, kein Wort zu reden von dem, was kommen wird. Sie versprechen mir, um fünf Uhr früh, keine Minute später, mir meinen Mantel zu reichen, mich bis an diese Stelle zu begleiten und dann wegzugehen in Ihr Hotel, ohne sich einmal umzuschauen. Wollen Sie das, dann erweisen Sie mir einen grossen Dienst. Ich werde lustig sein und froh, und wir werden denken, das Leben sei ohne Ende...."

Sechs Stunden später versuchte Ernesto heimlich seine Uhr in die Tiefe seiner Rocktasche verschwinden zu lassen. Da blickte ihn die Frau in seinen Armen lange an und sagte: "Du bist kein Kavalier. Du bist nicht pünktlich. Es ist

fünf Uhr." Ernesto suchte all seine Ueberredungskunst zusammen: "Aber um Gottes willen, so lass' doch von dieser wahnsinnigen Idee! Es gibt immer Mittel und Wege, ein neues Leben anzufangen."

"Du hast geschworen. Mach' es mir nicht unnütz schwerer!"

"Es gibt Schwüre, die man brechen muss."

"Du weisst meine Gründe nicht, und Du weisst nicht, wozu ich fähig bin. Wenn Du Dein Wort nicht hältst, so erschiess' ich mich auf der Stelle. Du wirst unendliche Schwierigkeiten haben. Grössere, als Du denkst, Du hast es nicht um mich verdient. Du hast mir geholfen, die letzten Stunden noch in Schönheit zu verleben. Komm!"

"Niemals".

"Du weisst nicht, wer ich bin, Du weisst nicht, was heute passiert. Ich bin nicht wahnsinnig, aber der Tod ist der einzige Ausweg."

"Gut, dann sterben wir zusammen."

"Sei nicht abgeschmackt! Und wenn Du es tatest.... Es ist nicht der Tod allein, es wäre ein Verbrechen über den Tod hinaus. Du würdest nicht nur in den Tod gehen, sondern in die Schande, aus der ich fliehen soll. Du verstehst das nicht, Du verstehst kein Wort. Danke Gott und komm! Lass mich wenigstens den Weg da hinauf nicht allein machen!"

Sie gingen. Sie kamen an die Stelle, an der sie sich in der Nacht getroffen hatten. Es war totenstill. Nur die Vögel sangen in den Morgen. Sie blieben stumm stehen. Da fasste sie ihn noch einmal an den Schultern, beugte ihr Gesicht über seines und küsste ihn zitternd. "Ich beschwöre Dich, laufe und sieh Dich nicht um! Ich warte, bis Du im Hotel bist. Du sollst mich nicht finden. Sie sollen mich nicht finden, solange Du noch in der Nähe bist.".....

Als Ernesto in sein Hotelzimmer kam, schlug es sechs Uhr.

Als er zum Mittagessen erschien, erzählte man im Hotel, dass eine Frau, eine sehr schöne Frau, sicherlich eine unglückliche Spielerin, sich in der Nacht im Park des Casinos erschossen habe. Die Leiche war beschlagnahmt.....

In der Zeitung stand am Abend nichts über diesen Vorfall. Das Casino hatte die Nachricht unterdrückt. Aber an einer anderen Notiz blieben Ernestos Augen hängen. Da wurde gemeldet, dass man in Ventimiglia, der Grenzstation, einen Mann bei der Passkontrolle festgenommen hatte. Ein paar Minuten später sei er tot zusammengebrochen. Wahrscheinlich vergiftet. Sein Bild stand neben der Notiz. Ernesto hatte ihn einmal gesehen. Es war der Chef einer ausländischen Spionageabteilung, der nur in ganz wichtigen Fällen selbst Aussendienst machte. Er hatte in dem Zuge gesessen, der morgens gegen sechs Uhr in Monte Carlo eintrifft.

Mario Mohr.

Paul Heyse.

Zu seinem 100. Geburtstag.

SPD. Als der junge Paul Heyse seiner Dienstpflicht im Heere genügen wollte, wies ihn der untersuchende Stabsarzt als untauglich ab; Befund: "Treffliche Konstitution, aber verpimpelt". Für den Dichter Heyse, in dem der Lyriker und Novellist den Romancier und Dramatiker überschattet, gilt so ziemlich das Gleiche: "Treffliche Anlage, aber verpimpelt." Der am 15. März 1830 zu Berlin geboren wurde, starb erst im April 1914; aber wie wenig, wie so gar nichts hatte er der Generation zu sagen, über die im gleichen Jahre das ungeheure Schicksal hereinbrach!

Der Vater des Poeten, Professor der Philologie an der Berliner Hochschule, war ein begeisterter Anhänger Hegels, aber für den Sohn blieb diese Philoso-

phie, die in ihrer radikalen Fortführung die Bewegungsgesetze der Geschichte zu durchschauen gestattete, ein Buch mit sieben Siegeln. Wohl ergriff den Achtzehnjährigen die Hochstimmung des Jahres 1848, sodass er seinen Pegasus reisig gegen die Kleinstaaterei schirrte:

Endlich nahm's den Herrgott Wunder,
Da man Anno Achtzehnhundert=
Achtundvierzig schrieb im März,
Machte nicht viel Federlesen
Mit dem ganzen tollen Wesen,
Dass uns leichter ward ums Herz.

Aber später gedachte Heyse nur naserümpfend der "heftigen Parteinahme", die er im Frühjahr 1849 als Bonner Student für "die revolutionären Vorgänge am Rhein und im Badischen" gezeigt habe. Bei einem Konzert fiel ihm auch einmal Ferdinand Lassalle auf, "sein scharfgeschnittener Männerkopf von entschieden jüdischem Typus, in dessen Zügen ein Ausdruck gebieterischer Willenskraft und kalten Hohnes lag", aber für die Losung, die dieser geniale Erwecker der deutschen Arbeiterklasse seiner Zeit zuwarf, hatte Heyse kein Ohr.

Im Leben und Schaffen war er eben zu sehr das, was man mit einem fatalen Beigeschmack einen Liebling der Götter beisst. In einem Alter, in dem andere junge Dichter sich durchhungern müssen, sah er sich mit einem Jahresgehalt in die künstlerische Tafelrunde des Bayernkönigs gezogen und mit einem Stipendium nach Italien geschickt, das so etwas wie seine zweite Heimat wurde. In nicht wenigen seiner Novellen erschimmert der blaue Himmel der Appenninenhalbinsel, und nur eines von vielen Preisliedern auf die Reize des Zitronenlandes ist das bekannteste:

Wie die Tage so golden verfliegen,
Wie die Nacht sich so selig verträumt,
Wo am Felsen mit Wogen und Wiegen
Die gelandete Welle verschäumt.
Wo sich Blumen und Früchte gesellen,
Dass das Herz dir in Staunen entbrennt;
O du schimmernde Blüte der Wellen,
Sei gegrüsst, du mein schönes Sorrent!

Aber er brachte es auch fertig, dem Italien der lächelnden Verlotterung streng zuzurufen:

Gewiss, dir wäre hoch vonnöten
Ein deutscher Unteroffizier,

der sich inzwischen in der Gestalt Mussolinis prompt eingefunden hat.

In der farbensatten Schilderung des Südens kam die starke formale Begabung Hyses zur vollen Geltung. Ueberdies war er sonnig, heiter, anmutig, feinsinnig, gemütvoll, geistvoll, fesselnd, vornehm - kurz, er hatte einen ganzen Wäschekorb voll blendender Eigenschaften. Was jedoch seine Beliebtheit ins Ungemessene steigerte, war mindestens im gleichen Masse das, so das Wort nicht zu hart klingt, Weltanschauliche seiner Dichtungen. An den grossen Problemen der Zeit hatte er, anders als Spielhagen, immer vorbeigesehen, und vollends der Aufstieg des "vierten Standes" lag weit unterhalb der olympischen Höhen, auf denen sich hohheitsvoll der Dichter bewegte; in diesen Bezirken war er schlechthin ahnungslos, sodass er in seinen Roman "Kinder der Welt" einen sozialdemokratischen Apostel einführte, der für - Schulze=Delitzsch schwärmt! Die Gesellschaft war für Heyse nicht das vielgestaltige Ganze der bürgerlichen Ordnung mit ihrem Oben und Unten, sondern, das Wort im Salonsinne genommen, der kleine Kreis von Nichtstuern, die über ihr Nichtstun auf elegante Art hinwegzukommen suchen. Die Probleme dieser sogenannten "guten Gesellschaft", soweit es Probleme waren, mit ein bisschen Liebesweh und Ehestreit beschäftigen den Dichter; ihr predigte er einen billigen Sonntagsnachmittags=Optimismus; sie versorgte er goethesierend mit der platten Weisheit:

Ueber Tod und Schicksal
Tröstet die Schönheit allein.

Den gesättigten Schichten im neuen Deutschland gefiel diese Lehre über die Massen. Das Eiapopeia der Heyse'schen Harmonie täuschte sie über die schreienden Dissonanzen der Zeit lieblich hinweg, und jeder Kommerzienrat deutete auf seine Art die Doktrin, dass Ausnahmemenschen ein Ausnahmerecht zustehe; Heyse machte dem Bourgeois Appetit, sich ein bisschen "auszuleben". Das war es, was dem asozialen Poeten die vollsten seiner Kränze eintrug, dass er, mit dem Rücken gegen die Masse, den Kult des Individuums in ebenso literarischer wie leichtfassbarer Form verkündete, der Selbstsucht des Ichmenschen die Maske der Liebenswürdigkeit vorband und auch bei leidenschaftlichen Augenrollen noch "dezent und abgeklärt blieb, ein Dionysos im Frack mit künstlichem Weinlaub im wohlfrisierten Haar.

Aber was sagten einem Verzweifelnden die schönen Verse, die nur schöne Verse waren! Was bedeuteten einem Kerl mit Himmeln und Höllen in der Brust die blässlich geleckten Frauengestalten Heyses, "von adligem Glanz umflossen"! Und wem es danach zu Mute war, gegen eine verfehlte Gesellschaftsordnung Handgraten zu werfen, musste den nicht das grosse Kotzen ankommen bei dem Haussegentrost:

Dulde, gedulde dich fein!

Ueber ein Stündlein

Ist deine Kammer voll Sonne.

Das alles empfanden in den achtziger Jahren die Vorkämpfer der naturalistischen "Revolution in der Literatur" nur zu gut, um nicht mit wuchtigsten Keulen auf den Gipskopf dieses Salon-Olympiers loszuschlagen; die Münchner "Gesellschaft" verstieg sich damals zu dem Kraftspruch: "Heyse lesen, heisst ein Mensch ohne Geschmack sein; Heyse bewundern, heisst ein Lump sein". Wir lächeln über solchen Abschlacht-Ueberschwang, aber wir zucken auch die Achseln über eine Zeit, die Heyse allen Ernstes mit Goethe verglich. Heute mag man sich in müssiger Stunde das eine oder andere geschliffene und ziselierte Stück des Poeten gefallen lassen, aber niemand braucht mehr zu erröten, der, wenn der Name Paul Heyses fällt, mit der Frage herausplatzt: Wer ist das?

Hermann Wendel.

Ein bayrischer Königsfilm.

SPD. Was den Preussen recht ist, das ist den Bayern billig. Warum sollen nur die Hohenzollern im Film verherrlicht werden - und nicht auch das "angestammte Henschlerhaus" der Wittelsbacher? So fragte sich die "Universal"-Gesellschaft und drehte einen Bildstreifen auf den bajuvarischen Monarschenpopanz, auf "Ludwig II. König von Bayern."

Man macht so etwas heute nicht mehr ganz so skrupellos wie ebenedem, als man die Legenden aus den Schullesebüchern einfach auf die Leinwand übertrug. Gegen diese Methode hatte sich schliesslich sogar die Untertanenseligkeit der Rechtspresse gestäubt. Nun machte man aus starren Fürstenbildern, auf die jeder beliebige Namen passte, "menschliche Tragödien" und fand damit sehr viel mehr Anklang. Ein bisschen historische Kritik - im übrigen aber der "grosse Einsame", das "unverstandene Genie". Auf diesem Umwege gelangte man zu dem gleichen Ziel: man erweckte Mitleid, tiefe Sympathie für den Monarchen. Man hatte sein Publikum doch wieder da, wo man es haben wollte: siehe "Fridericus", siehe "Luise". Die "Tragödie eines unglücklichen Menschen" heisst der Untertitel des Films von Ludwig II.. Eine "streng historische" Darstellung wird angekündigt, die alle Legenden zerstört. Das genügt für die Münchner Polizeidirektion, die Urauf-

führung, die in der bayerischen Hauptstadt am 6. März stattfinden sollte, glattweg zu verbieten. Begründung: "Die Deutsche Filmzeitung spricht von dem in weiten Kriesen bestehenden Unbehagen, das sich dagegen sträubt, dass ein trauriges Kapitel der Landesgeschichte und des mit Bayern verwachsenen Königshauses in dieser Form an das Licht gezerrt wird.... Es ist unwürdig, mit der harten und nüchternen Natürlichkeit des Films - gar wenn er sich noch gegen die Geschichte versündigt - in der Vergangenheit eines Volkes und einer Dynastie herumzustöber um einem flüchtigen Unterhaltungszweck damit zu dienen.... Bei der Vorführung des Bildstreifens sind Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu erwarten.

Die "harte und nüchterne Natürlichkeit des Films" hätte allerdings, wenn sie ganz rücksichtslos verfahren wäre, recht peinliche Geschichten zutage fördern müssen. Das erhebende Schauspiel nämlich, dass das bayrische Volk 22 Jahre lang von einem unheilbar Wahnsinnigen "regiert" wurde, der die Staatsfinanzen durch unsinnige Bauten ruinierte, seine Lakaien und Friseure auf die Suche nach neuen Ministern und Geldgebern schickte und seinen treu ergebenen Bayern nur einen einzigen Kopf wünschte, damit man sie alle auf einen Streich hinrichten lassen könnte. Man hätte ferner zeigen müssen, wie Ludwig II. die Büste Kaiser Wilhelms I. in Schloss Hohenschwangau anspuckt und Befehl erteilt, eine Räuberbande anzuwerben, die in Italien den deutschen Kronprinzen gefangen setzen sollte und wie er sich schliesslich in eine ekelerregende, gemeingefährliche Bestie verwandelt, die mindestens dreissig Bediente körperlich schwer misshandelt und den Tod eines besonders schwächlichen Vorreiters herbeiführt.

Vielleicht hat das bayrische Innenministerium an diese pikanten Züge aus dem Leben des verewigten Monarchen gedacht, wie sie das Gutachten von vier Irrenärzten, das zu Ludwigs Entmündigung und Internierung führte, "ehrfurchtsvollst" und "alleruntertänigst" zusammengetragen hat. Man kann das alles in dem 1925 herausgegebenen Tagebuch des Königs nachlesen. Dieses 1869 begonnene und bis in das Todesjahr 1886 fortgeführte Tagebuch ist der schlagendste Beweis für den unheilbaren Wahnsinn des Monarchen. Aber die Filmgesellschaft hat davon kaum Gebrauch gemacht. Wo sie sich "an der Geschichte versündigt", tut sie es zugunsten des Königs. Krankhafte Züge, wie die Andachten vor den Bildern Ludwigs XIV. und der Marie Antoinette von Frankreich, Wutausbrüche bei öffentlichen Zeremonien oder gegen die Dienerschaft, werden durch sympathische Züge - Zärtlichkeit gegen die alte Mutter und den Bruder, Kunstbegeisterung, Geldnöte des "reinen Idealisten" - gemildert. Sogar die Phrase vom "hohen Gedankenflug", dem die gewöhnlichen Menschen der Umgebung nicht folgen können, taucht im Texte auf. Man umgibt den König geflissentlich mit Frauen, um seine homosexuelle Veranlagung, die nach dem Tagebuch der Hauptgrund seiner Depressionszustände gewesen ist, zu vertuschen. Ludwig II., wie ihn Wilhelm Dieterle in diesem Film mit grossem Aufwand von Pathos und edler Männerwürde spielt, ist allenfalls ein schwer neurasthenischer, aber durchaus sympathischer, ja, sogar ideal gesinnter Mensch gewesen, den widerwärtige Kreaturen aus Neid gestürzt und in den Tod getrieben haben. Aber selbst in dieser äusserst vorsichtig retuschierenden Darstellung darf der vor mehr als vierzig Jahren verstorbene "Liebling des Volkes" in München nicht gezeigt werden. Müssen die dortigen Machthaber ein schlechtes Gewissen haben!.....

Herman Hieber.

Wirksame Illusion. "Angst" brüllte der Regisseur, "Angst sollen Sie in dem Film darstellen! Stellen Sie sich vor, Sie sitzen in einer Autotaxe, und der Preisanzeiger steigt und steigt.... Bravo, jetzt ist es richtig!"

Mathematisches Kuriosum.^x

SPD. Vor vielen Jahren hat der Mathematiker A. Hall eine Rechnung entdeckt, die in ihrer Art sehr merkwürdig ist. Sie sieht so aus:

1	mal	9	plus	2	gleich	11
12	"	9	"	3	"	111
123	"	9	"	4	"	1111
1234	"	9	"	5	"	11111
12345	"	9	"	6	"	111111
123456	"	9	"	7	"	1111111
1234567	"	9	"	8	"	11111111
12345678	"	9	"	9	"	111111111
123456789	"	9	"	10	"	1111111111

1	mal	8	plus	1	gleich	9
12	"	8	"	2	"	98
123	"	8	"	3	"	987
1234	"	8	"	4	"	9876
12345	"	8	"	5	"	98765
123456	"	8	"	6	"	987654
1234567	"	8	"	7	"	9876543
12345678	"	8	"	8	"	98765432
123456789	"	8	"	9	"	987654321

Wem es Spass macht, der versuche, mittels der Zahlentheorie hinter diese Gesetzmässigkeit zu kommen. Kurios ist diese Rechnung sicherlich, sodass sie auch dem Spass machen wird, der von Rechnerei nicht viel versteht.

g. s.

Europens übertünchte Höflichkeit.^x

SPD. Der erste Lord der grossbritannischen Admiralität, Charles Beresford, machte auf einer Reise von New York nach England die Bekanntschaft eines Amerikaners, der Europa zum ersten Mal besuchte. Lord Beresford amüsierte sich köstlich über die Ungezwungenheit des Amerikaners und lud ihn für den Abend des Tages seiner Ankunft in London zu sich ein.

"Unmöglich", sagte der Yankee, "ich habe keinen Frack bei mir."

"Macht nichts", antwortete Lord Beresford, "kommen Sie im Strassenanzug!"

Also geschah es, und die hocharistokratischen Gäste des Admirals bemühten sich vergeblich, ihr Entsetzen zu verbergen. Der Amerikaner bemerkte das, erhob sich nach dem Essen und sprach: "Meine Damen und Herren, ich sehe, dass mein Anzug Ihr Missfallen erregt. Sie haben durchaus Recht. Auch ich sässe lieber im Frack unter Ihnen. Aber stellen Sie sich vor: ich bin heute den ganzen Tag durch sämtliche Frack- und Verleihinstitute gelaufen, ohne dass es mir gelungen wäre, ein solches Kleidungsstück aufzutreiben. Ueberall hat man mir geantwortet: Wir sind ausverkauft - Lord Beresford gibt heute Abend eine grosse Gesellschaft."

SPD. Schulfunk in Amerika. Viel mehr als in Europa hat man in Amerika erkannt, dass dem Schulfunk im weitesten Ausmasse die Zukunft gehört. Ausserordentlich bemerkenswert ist es, dass sämtliche 5000 Schulen des nordamerikanischen Staates South-Dakota in der nächsten Zeit mit Empfangs- u. Lautsprecher-Anlagen ausgerüstet werden sollen.

Der Leuchtturm.

Roman von Paul Reboux.

Deutsche Rechte: Rembrandt-Verlag, Berlin-Zehlendorf.

16)

SPD. Sobald jedoch Le Hern zu sprechen begann, wurde es schlechter statt besser, denn leise und flüsternd, wie jemand, der die Dinge, von denen er spricht anzulocken fürchtet, sprach er von allen Zaubereien, von denen man bedroht ist, vom Teufel, den seine Grossmutter auf dem Lande getroffen hatte: er war als Herr gekleidet, aber man konnte ihn an den grossen Schuhen erkennen, in denen er seine Pferdehufe verbergen wollte; von den Korrigans, welche die Reisenden in Sümpfe locken, und von jenem unsteten Schiff, das er selbst einmal an einem Wachabend gesehen hatte, von jenem Schiff aus Holz mit hundertjährigen Matrosen... Man wurde abergläubisch bei diesen Geschichten, die beim Namen des Teufels oder Gottes stets von einem Kreuz unterbrochen wurden, so starke Beklemmung entstand aus der Einsamkeit und dem Halbdunkel des Zimmers, das nur von einem kleinen Fenster erhellt wurde....

Trotzdem begann ihr Aufenthalt gar nicht so übel... Es war im Monat Oktober, der in diesen Gegenden häufig wie ein Oktober im Walde ist. Die Wellen haben Reflexe aus Amethyst, Bernstein und Rost, darin man die Farben der sterbenden Blätter wiederfindet. Lange Algen, die sich vom Grunde gelöst haben, schwimmen tot an der Oberfläche. Die schon herbere Brise bildet keine Spitzer, die zu Fächern werden, zu langen zitternden Streifen, die sich abzweigen, das Meer dunkler färben, es marmorn sprengeln und bis zum Horizont eilen, über dem sich wie über herbstlichen Wäldern ein Himmel aus Türkis und Perlmutter wölbt.

In dieser Jahreszeit muss auch länger wach geblieben werden. Die beiden Männer hatten sich daran gewöhnt, im Dienstzimmer zu Abend zu essen; sie hatten einige Vorräte - Brot, Butter und Speck - hinaufgetragen, um sie vor der Feuchtigkeit zu schützen. So sassen sie dort oben gegen die Kälte durch die angenehme Wärme geschützt, die von der Lampe ausging, und gegen die Unruhe nächtlicher Gedanken durch das milde Drehlicht, das die böse Dunkelheit um sie herum zerstreute.

Eines Nachmittags gegen drei Uhr rief Brenellec im Treppenhaus nach Le Hern, um ihm ein Schiff zu signalisieren. Sie konnten sich über den Ausdruck, mit dem es zu bezeichnen wäre, nur schlecht einigen, denn die Bauart brachte ihre ganzen Kenntnisse ins Wanken. Während sie miteinander diskutierten, war das Schiff näher gekommen. Jetzt konnte man seinen hellvioletten Rumpf unterscheiden und feststellen, dass der Vorderstevan aussergewöhnlich lang war. Eine Flagge wehte am Mast. Sie war jedoch so reich bestickt, dass man keine Einzelheiten unterscheiden konnte. Die Besatzung trug violette Blusen. Auf der Kommandobrücke stand ein Mann in Weiss.

"Was sind denn das für Hampelmänner?" brummte der alte Brenellec und sah über seine grossen Augengläser.

"Da, jetzt drehen sie bei... und was für ein Spielzeug sie hinten haben... sie drehen bei...."

"Sie scheinen Anker zu werfen. Ein seltsamer Einfall."

"Vielleicht wollen sie den Turm besichtigen."

"Das wäre aber ein seltener Fall...."

An sehr schönen Tagen geschah es bisweilen, dass Reisende sich bis zum Teufelsfelsen wagten. Das war dann für die Wächter der einzige Nebenverdienst. Ab Ende August mussten sie jedoch auf diese Annehmlichkeiten verzichten. Die Aussicht auf einen Besuch, zumal er unverhofft kam, machte die beiden Männer guter Laune. Sie eilten schleunigst hinunter; denn das zierliche Beiboot brachte den Reisenden zu dem kleinen Landungssteg aus Stein, wo man bei Ebbe anlegen konnte.

Sobald der Mann in Weiss an Land gesprungen war, fragte er mit einer fremdländisch klingenden Stimme:

"Kann man heute den Leuchtturm besichtigen?"

"Aber gewiss!" antwortete höflich Brenellec und fasste an die Mütze. Während das Beiboot zur Jacht zurückfuhr, führte Brenellec mit Le Hern den Gast von den Wasser- und Petroleumbehältern bis zur Laterne, deren Drehmechanismus er spielen liess.

Die Wächter, besonders Brenellec, waren besonders eifrig, nachdem sie gesehen hatten, dass der Fremde beim Eintreten eine bauchige Flasche auf den Tisch gestellt hatte. Sie überboten sich in Erklärungen.

Als man in die Küche hinuntergestiegen war, schrieb der Fremde in das Register, in das nur wenige Eintragungen gemacht worden waren, auch seinen Namen: ein seltsames Wort mit unzähligen Konsonanten, das man gar nicht aussprechen konnte. Dann fragte er:

"Es muss hier manchmal ziemlich traurig sein?"

"Man gewöhnt sich daran", antwortete Brenellec.

"Vor allem bei hoher See muss das schrecklich sein, nicht wahr?"

"Allerdings."

"Haben Sie nicht bisweilen Angst?"

Brenellec wollte zuerst eine abwehrende Bewegung machen, dann sagte er jedoch:

"Oft genug wird es einem fast zu viel... Und man möchte sich etwas zerstreuen, um anderer Stimmung zu werden."

"Was für eine Beschäftigung haben Sie am Tage?"

"Einer angelt; ein anderer flicht Körbe, um sie an Land zu verkaufen."

"Lesen Sie nicht?"

"Man bringt uns Zeitungen, Aufsätze... Aber die wissen wir rasch auswendig."

"Ach, da muss man ja den Spleen bekommen", sagte der Fremde und kreuzte die Arme. "Da habe ich gerade etwas bei mir..."

Er zog aus der Innentasche seines Rockes ein kleines Buch heraus.

"Das habe ich neulich gekauft... Es handelt von Ihrer Heimat... Die Geschichten werden Sie vielleicht interessieren... So, jetzt muss ich aufbrechen. Auf Wiedersehn. Unten steht eine Flasche Brandy... Und hier für Sie beide."

Er drückte Brenellec ein Goldstück mit einem unbekanntem Bildnis in die Hand.

Dann näherte er sich dem Fenster und liess auf einer silbernen Pfeife einen so schrillen Pfiff ertönen, dass den beiden Wächtern die Ohren summten.

Beide wagten das darauf folgende Schweigen nicht zu unterbrechen; auch der Besucher blieb schweigsam; Le Hern beobachtete ihn mit zuckenden Lidern von rückwärts. Dieser Mann beunruhigte ihn durch seine geheimnisvolle Herkunft, seine unbewegliche Haltung und durch den Ausdruck seines rasierten Gesichts, dem der Mund einen sarkastischen Ausdruck gab.

Aber die Stunde des Anzündens war gekommen. Brenellec ging hinauf. Le Hern folgte ihm unmittelbar, denn er wollte unten mit dem Besucher nicht allein bleiben.

Während sie den Ueberzug der Lampe zusammenlegten, ertönte der sonderbare Pfiff noch einmal.

(Fortsetzung folgt.)

Deutscher Reichstag

139. Sitzung vom 11. März 1930.

SPD. Präsident Löbe eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung vom Eintritt des Abg. Bartschat (Dem.) in den Reichstag an Stelle des ausgeschiedenen Abg. Hellpach. - Ohne Debatte wird in dritter Beratung der deutsch-türkische Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag angenommen.

In allen drei Lesungen wird dann der Gesetzentwurf zur Verlängerung der Amtsdauer der Beisitzer der Arbeitsgerichtsbehörden angenommen.

Der Wohnungsausschuss beantragt, die Novelle zum Gesetz über den Geldentwertungsausgleich bei bebauten Grundstücken entgegen dem Einspruch des Reichsrats in der vom Reichstag beschlossenen Fassung nunmehr mit qualifizierter Mehrheit nochmals anzunehmen. Es handelt sich dabei um den Rückfluss aus den Hauszinssteuer-Hypotheken und um die Verwendung dieser Mittel ausschliesslich für den Wohnungsbau. Ein Antrag der Wirtschaftspartei, die Angelegenheit dem Haushaltausschuss zu überweisen, wird abgelehnt.

Abg. Lipinski (Soz.)

erklärt als Berichterstatter, die Rückflüsse aus den Hauszinssteuer-Hypotheken würden jährlich 120 - 150 Millionen ergeben, also einen recht erheblichen Betrag mit dem der Wohnungsbau wesentlich gefördert werden könnte. Der Reichstag habe in der jetzt umstrittenen Novelle die Verwendung dieser Mittel deshalb ausdrücklich festgelegt, weil Preussen aus diesen Mitteln 12½ Millionen für allgemeine Verwaltungszwecke in den Etat eingestellt habe und viele Gemeinden diesem Beispiel gefolgt seien. Der Einspruch des Reichsrats gegen den Reichstagsbeschluss sei unberechtigt, weil nach den von den Ländern angenommenen Richtlinien des Arbeitsministeriums die Verwendung der Rückflüsse im Sinne des Reichstagsbeschlusses erfolgen müsse.

Abg. Trossmann (Bayr. Vp.) äussert in Übereinstimmung mit dem Reichsrats-einspruch Bedenken gegen die Aufrechterhaltung des Reichstagsbeschlusses über die Rückflüsse. Es sei zu befürchten, dass mit dieser Einschränkung der Befugnisse der Länder und Gemeinden der Wohnungsbau nicht gefördert, sondern gehemmt werde.

Abg. Schumann-Leipzig (Komm.) weist auf Ausführungen des preussischen Vertreters im Ausschuss hin. Danach wolle der preussische Finanzminister nicht nur die Rückflüsse, sondern schon die Hauszinssteuer-Erträge für allgemeine Verwaltungszwecke in grösserem Umfang angreifen. Der Reichsrats-einspruch müsse zurückgewiesen werden.

Abg. Tremmel (Ztr.) bezeichnet den Einspruch des Reichsrats als einen Versuch, die für den Wohnungsbau bestimmten Mittel anderen Zwecken zuzuführen. Das widerspreche dem Volksinteresse. Der jetzt vom Reichsrat angefochtene Reichstagsbeschluss sei keineswegs ein Eingriff in die Rechte der Länder.

Abg. Frau Kurfürst (Soz.) wendet sich gegen den Reichsrats-einspruch. Angesichts der grossen Wohnungsnot dürften die Mittel für den Wohnungsbau nicht noch weiter verkürzt werden.

Abg. Winnefeld (D. Vp.) bekämpft den im Ausschuss schon abgelehnten sozialdemokratischen Antrag, wonach die gesetzliche Miete von der Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats und eines Reichstagsausschusses einheitlich im Reich festgesetzt werden soll.

Abg. Ferl (Soz.) empfiehlt den sozialdemokratischen Antrag. - Abg. Lücke (Wirtschaftspartei) lehnt diesen Antrag ab.

Der Ausschussantrag auf Aufrechterhaltung des früheren Reichstagsbeschlusses unter Zurückweisung des Reichsrats-einspruchs wird dann in namentlicher Abstimmung mit 421 gegen 42 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Die bei solchen wiederholten Beschlussfassungen erforderliche qualifizierte Mehrheit ist damit erreicht.

In namentlicher Abstimmung wird hierauf ein kommunistischer Antrag auf Festsetzung von Höchstmieten mit 404 gegen 51 Stimmen bei 12 Enthaltungen abgelehnt. Abgelehnt werden auch die sozialdemokratischen Anträge auf Festsetzung der Mieten durch das Reich.

Gegen 4 3/4 Uhr beginnen die Abstimmungen über die Younggesetze.

Vorher verliest Abg. Dr. Brüning (Ztr.) folgende Erklärung des Zentrums: Da durch die neuerliche Entwicklung der Finanzverhandlungen, insbesondere aber auch durch die heute abgegebenen bedeutsamen Erklärungen nunmehr die feste Gewähr gegeben ist, dass die Voraussetzung für eine Zustimmung des Zentrums bilden die sofortige Sicherung der Finanzen so erfolgen wird, dass rechtzeitig die erforderlichen Kasseneingänge fließen, hat sich die Zentrumsfraktion in ihrer Mehrheit entschlossen, den vorliegenden Gesetzen aus gesamtpolitischen Erwägungen ihre Zustimmung zu geben (Lärm u. Lachen rechts) unter Erneuerung ihres Appells an alle zur Regierung stehenden Parteien, die zur Erreichung der unaufschiebbaren politischen Notwendigkeit der Finanzsanierung erforderlichen Massnahmen auf parlamentarischen Boden zu verwirklichen. (Unruhe rechts).

Abg. Stöcker (Komm.) erklärt, die Kommunisten würden die nationalsozialistischen Anträge ablehnen, weil es sich dabei um eine imperialistische Demonstration handle.

Unter lauten Aha!-Rufen von rechts tritt dann Abg. Leucht (Bayr. Vp.) an das Rednerpult. Abg. Goebbels (Nat. Soz.) ruft: "Jetzt wird der Youngplan eingegesenet!"

Abg. Leucht (Bayr. Vp.): Im Namen der Bayrischen Volkspartei habe ich folgende Erklärung abzugeben: Da durch die neuerliche Entwicklung der Finanzverhandlungen zwar das Was, aber nicht das Wie uns genügend festgelegt erscheint, werden wir uns der Stimme enthalten. (Heiterkeit)

Zunächst kommt der Artikel I des Gesetzes über die Haager-Konferenz zur namentlichen Abstimmung. Er erklärt die Zustimmung zu den Vereinbarungen der Haager Konferenz vom August 1929 über die Räumung des Rheinlandes und enthält die grundsätzliche Annahme des Sachverständigenplans vom 7. Juni 1929.

Artikel I wird mit 251 gegen 174 Stimmen bei 26 Enthaltungen angenommen.

Dafür haben die Regierungsparteien mit Ausnahme der Bayrischen Volkspartei gestimmt. Der Stimme enthalten haben sich Bayrische Volkspartei und Deutsche Bauernpartei.

Artikel II, der die Nebenabkommen enthält, wird mit 261 gegen 173 Stimmen bei 25 Enthaltungen angenommen.

In einfacher Abstimmung wird der Rest des Gesetzes angenommen unter Ablehnung der nationalsozialistischen Anträge, nach denen die Räumungs-Amnestie erweitert und die Rede des Aussenministers Dr. Curtius öffentlich angeschlagen werden soll.

In der Ausschussfassung werden angenommen das Reichsbankgesetz, das Reichsbahngesetz und das deutsch-amerikanische Schuldenabkommen.

Vor der Abstimmung über den Gesetzentwurf, der die Liquidationsabkommen mit den verschiedenen Mächten umfasst, wird besonders in namentlicher Abstimmung entschieden über das in diesem Gesetzentwurf enthaltene deutsch-polnische Liquidationsabkommen.

Die Abstimmung ergibt die Annahme des Abkommens mit 224 gegen 207 Stimmen bei 30 Enthaltungen. (Pfeif-Rufe) Mit der Opposition haben auch verschiedene Abgeordnete des Zentrums und der Deutschen Volkspartei gegen das deutsch-polnische Abkommen gestimmt.

Das Liquidationsabkommen mit England wird im Hammelsprung mit 254 gegen 177 Stimmen bei 7 Enthaltungen angenommen. - In einfacher Abstimmung werden auch die übrigen Liquidationsabkommen angenommen. Abgelehnt werden kommunistische Anträge auf Aenderung des Entschädigungsverfahrens für Gewalt- und Liquidationsgeschädigte. Mit der Ablehnung nationalsozialistischer Aenderungsanträge ist die 2. Beratung der Younggesetze erledigt. Ohne Aussprache werden noch einige Anträge des Verkehrsausschusses angenommen.

Nach 6 Uhr schlägt Präs. Löbe vor, die nächste Sitzung am Mittwoch, 12 Uhr, stattfinden zu lassen und auf die Tagesordnung die 3. Beratung der Younggesetze zu setzen.

Abg. Schmidt-Hannover (Dnt.) beantragt, die 3. Beratung der Younggesetze solange zu verschieben, bis durch das Wahlprüfungsgericht endgültig über Annahme oder Ablehnung des Volksentscheides gegen den Youngplan entschieden ist. Ein anderes Vorgehen sei rechtswidrig.

Der Antrag Schmidt-Hannover wird abgelehnt und der Vorschlag des Präsidenten angenommen.

Preussischer Landtag

SPD. **Berlin, den** 11. März (Eig. Ber.)

Im Preussischen Landtag gab am Dienstag vor Eintritt in die Tagesordnung Abg. Falk (Dem.) eine Erklärung ab, in der er die Behauptung des Abg. Kasper (Komm.), dass er bei seiner Rede zum Innenetat gesagt habe, der Arbeiter- und Soldatenrat in Köln habe sich aus Mob zusammengesetzt, der plünderte, als unwahr bezeichnete.

Ohne Aussprache werden hierauf mehrere Anträge des Landwirtschaftsaus-
schusses angenommen, die den Weinbau durch Förderung der Weinpropaganda, durch Schaffung einer Absatzorganisation, Einleitung einer Kreditaktion für die Winzergenossenschaften, fördern wollen. Abgelehnt werden mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten die Anträge auf Erhöhung der Weinzölle, das Verbot des Verschnitts von inländischen mit ausländischen Weinen und die Unterbindung der Einfuhr minderwertiger Auslandsweine. Die Abstimmung über den Antrag, die Winzerkredite vollständig niederzuschlagen, ergibt die Beschlussunfähigkeit des Hauses.

In der sofort anberaumten neuen Sitzung wird mit der zweiten Lesung des Handels- und Gewerbeetats begonnen.

Handelsminister Dr. Schreiber

stellt zunächst fest, dass die Beratung des Handelshaushalts in einem für die Wirtschaft des Landes sehr ungünstigem Zeitpunkt stattfinde. Besonders werde der Arbeitsmarkt belastet durch die steigende Zahl der Arbeitslosen. In diesem Mangel an Beschäftigungsmöglichkeit drücke sich die gegenwärtige traurige wirtschaftliche und soziale Lage unseres Volkes aus. Zu jeder Zeit des laufenden Etatjahres sei die Zahl der Arbeitslosen grösser gewesen als in der gleichen Zeit des Vorjahres. In den Wintermonaten 1929 aber hätten die Witterungsverhältnisse die Zahl der Erwerbslosen in ganz ungewöhnlicher Kurve emporschnellen lassen. Trotz des ungewöhnlich milden Winters seien am 15. Februar 1930 an Hauptunterstützungsempfängern einschliesslich Krisenunterstützten 2 584 903 gezählt worden, das seien 74 791 mehr als am gleichen Tage des Vorjahres.

Die Arbeitslosigkeit sei jedoch nicht allein auf die Rationalisierung zurückzuführen, sondern auf eine Minderung der Gütererzeugung. Die Rationalisierung habe sich in bezug auf die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie günstig ausgewirkt. Vor allem sei es der ausserordentliche Kapitalmangel, unter dem die Wirtschaft leide. Deshalb sei es nicht möglich, dem Ausland bei Bestellungen die gewünschten längeren Kredite einzuräumen. Es sei aber anzunehmen, dass nach Verabschiedung des Young-Plans sich die Lage bessert und die Aufnahme von Auslandsanleihen erleichtert werde. Hierbei dürften aber die Grenzen des Möglichen nicht überschätzt werden. Auf alle Fälle müsse die Kreditaufnahme der Kommunen im Ausland organisiert werden.

Erfreulicherweise seien die Sparkasseneinnahmen 1929 um 2 028 Millionen auf 9 016 Millionen gestiegen. Aber das sei immerhin erst ein Drittel der Vorkriegseinlagen. Der Zugang bei den Sozialversicherungsanstalten und den privaten Lebensversicherungen habe im vergangenen Jahr um 1200 - 1300 Millionen betragen. Es könne für die Entwicklung der kleinen und mittleren Unternehmungen nicht gleichgültig sein, ob eigenes Kapital zur Verfügung steht, oder ob fremdes Geld gegen hohen Zins gebraucht werde. In bezug namentlich auf die Löhne seien hohe Zinsen von nicht geringer Bedeutung. Die Zahl der Konkurse und Vergleichsverfahren habe gegenüber dem Vorjahre zugenommen. Die Entwicklung der Preise zeige eine sinkende Tendenz entsprechend der rückläufigen Konjunktur. Diese Preis-senkung habe aber die deutsche Ausfuhr nicht ausreichend erleichtert, weil die Preisentwicklung auf den Weltmärkten eine parallele war. Immerhin habe sich der

Anteil Deutschlands am Welthandel vermehrt, woraus ein Erfolg der bisherigen Handelspolitik zu erblicken sei. Doch sei vor einer zollpolitischen Abrüstung in Europa zu warnen, da die Gesamtkosten der Produktion gegenüber der Vorkriegszeit in keinem Lande so gestiegen seien wie in Deutschland. Hoffentlich werde nach Verabschiedung des Young=Plans die vermehrte Aufnahme von Auslandskrediten zu einer Senkung des Zinsfusses und damit zu einer Belebung der Wirtschaft führen. Notwendig sei aber eine Entlastung der Wirtschaft durch umfassende Steuer-senkung. In dieser Hinsicht sei die Finanzpolitik des Reiches in den letzten Jahren wenig vorausschauend gewesen.

Abg. Lehmann-Hirschberg (Soz.):

Der Hinweis des Ministers auf das gewaltige Heer der Arbeitslosen war völlig berechtigt. Trotzdem bedauern wir, dass er hier im Plenum noch stärker als im Ausschuss den Standpunkt der Arbeitgeber vertreten hat. Es ist insbesondere bedauerlich, dass angesichts dieser Erwerbslosigkeit die Verabschiedung des Young=Plans immer wieder verschoben wird und man aus dem ewigen Krisenmachen nicht herauskommt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Mit der Annahme des Young=Plans ist der erste Schritt getan, um aus dem Uebel herauszukommen. Die Erwerbslosigkeit ist nicht zu bekämpfen mit Worten und Verhandlungen, sondern durch Handeln. Es sind insgesamt mit Familienangehörigen rund 10 Millionen, die heute unter Arbeitsmangel leiden und die keine Unterstützung, sondern Arbeit wollen. Diese 10 Millionen leiden nicht nur am Nötigsten Mangel, sondern werden langsam seelisch zermürbt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es ist unerträglich, dass diese Leute dann noch von Herrn Dr. Schacht bei vollbesetzter Tafel anlässlich der sogenannten Schaffer=Mahlzeit in Bremen beschimpft werden. In der "Deutschen Arbeitgeber=Zeitung" hat ein Schmierfink ein sogenanntes "Stempellied" veröffentlicht, das von einer besonders niederen Gesinnung zeugt. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Erwerbslosenfürsorge ist berechtigt und nicht abbaureif. Diese Opfer hat das rücksichtslose kapitalistische System, in erster Linie die Rationalisierung auf dem Gewissen. Auch wir leugnen nicht den Rückgang der Produktion. Aber es ist keine Kapitalbildung, sondern Kapitalverschwendung, wenn grosse Summen in Betriebe investiert werden zur Durchführung der Rationalisierung und wenn dann diese Betriebe wegen Kapitalsmangel stillgelegt werden müssen. Wir leugnen auch nicht eine Kapitalknappheit, die für gewisse Wirtschaftszweige zutrifft. Dennoch sind bis Ende 1929 rund 11 Milliarden neues Kapital gebildet durch Sparkasseneinlagen und Versicherungen. Daneben gibt es auch eine ganze Reihe von Betrieben, die erhebliche Reserven und Rücklagen gemacht haben und die erhebliche Dividenden zahlen, wie zum Beispiel beim Braukapital. Ähnlich liegen die Dinge auch in anderen Branchen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Leider hat der Minister in seinen Ausführungen kein Wort gefunden gegen die landesverräterische Kapitalflucht, die von den Unternehmern mit dem angeblich zu hohen Steuerdruck entschuldigt wird. Unter solchen Umständen einen Steuerumbau und eine Steuersenkung fordern, kann also nichts anderes heissen, als die Steuer auf die Schultern der Armen abzuwälzen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Zu alledem mutet man den Arbeitern dann noch einen Lohnabbau zu. Das heisst also, die Krise auf Kosten der Arbeiter beseitigen. Vom Standpunkt der Unternehmer ist allerdings für Lohnerhöhungen noch niemals eine günstige Konjunktur gewesen. Dabei denkt kein Mensch an einen Abbau der hohen Direktorengelöhner. Erst kürzlich hat Oberbürgermeister Adenauer von Köln einen Fall erwähnt, dass ein Grossbetrieb jetzt statt 11 Direktoren wie in der Vorkriegszeit 26 Direktoren beschäftigt mit entsprechend grösserem Gehalt. (Hört, hört! bei den Soz.) Als beim Zusammenschluss der Deutschen Bank mit der Disconto=Gesellschaft vom Angestelltenrat der Vorschlag gemacht wurde, die Direktorengelöhner auf 120 000 Mark zu begrenzen und dafür keine Angestellten abzubauen, wurde dieser Vorschlag abgelehnt. Hier vermissen wir das gute Beispiel. (Sehr wahr! b.d. Soz.)

Und einen solchen Lohnabbau fordert man bei den Arbeitern trotz festgestellter Leistungssteigerung! Seit 1927 ist die Produktionskraft um 11 % gestiegen, der Lohnanteil aber nur um 9%. Es ist ein grundlegender Irrtum, von einem Lohnabbau eine Beseitigung der Krise zu erwarten. Sie würde im Gegenteil nur noch eine Verschärfung herbeiführen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Für die verfehlte Exportpolitik der deutschen Wirtschaft, wie sie das Institut für Konjunkturforschung festgestellt hat, jetzt durch Lohnabbau die Arbeiter büßen zu lassen, würde nach den Worten des amerikanischen Arbeitsministers ein Diebstahl am Volke sein. - Auch die Notlage der östlichen Grenzgebiete kann nicht durch Kundgebungen oder Resolutionen, sondern nur durch Annahme des Young-Plans und des Polenvertrages behoben werden. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Merkwürdigerweise sieht der Mittelstand nur in der Arbeiterschaft und in den Konsumvereinen und nicht in dem Grosskapital seinen schlimmsten Feind. Der Mittelstand sollte endlich erkennen, dass er mit seinem Geschrei nach Steuer-senkung nur dem Grosskapital Hilfestellung leistet.

Zum Schluss fordert der Redner weiteren Ausbau der Gewerbeaufsicht, und unter Hinweis auf die Erwerbslosigkeit Beseitigung des Ueberstundenunwesens. Auf der Weltwirtschaftskonferenz habe Herr von Siemens die These vertreten, dass es notwendig sei, den Lebensstandard des Volkes zu heben. Zu dieser These bekenne sich die Sozialdemokratie seit langem, aber sie wisse auch, dass sie nur durch Durchsetzung ihrer Forderungen Wirklichkeit werden könne. (Lebh. Beif. b. d. Soz.)

Ein Ministerialvertreter beantwortet hierauf eine sozialdemokratische grosse Anfrage dahin, dass die Staatsregierung gewillt sei, in enger Verbindung mit der Reichsregierung die Auswirkungen der Rationalisierungsmassnahmen in der rheinisch-westfälischen Industrie zu mildern. Vor längerer Zeit sei durch Erlass an die Regierungspräsidenten dafür gesorgt worden, bei Stilllegungs- und Rationalisierungsverhandlungen auch Gewerkschaftsvertreter zu hören.

Abg. Janssen (Dnt.) forderte Herabsetzung der Eisenbahntarife und spricht sich gegen uferlose Pläne bei der Gewerbeaufsicht aus. Der Young-Plan werde Deutschland auf Jahrzehnte versklaven. Die Sonderrechte der Konsumvereine müssten beseitigt werden. Der Handelsvertrag mit Polen bringe der Landwirtschaft schweren Schaden.

Abg. Altegoer (Ztr.) will durch eine Umstellung der Steuerpolitik Industrie, Handel und Mittelstand wieder konkurrenzfähig machen.

Abg. Heidenreich (DVP.) polemisiert gegen Abg. Lehmann (Soz.), der nur vom lohnpolitischen Standpunkt gesprochen habe. Hoffentlich bringe die Annahme des Young-Planes eine deutsch-französische Anleihe, die die Wirtschaft beleben werde.

Hierauf wird die Debatte abgebrochen. Auf Antrag des Abg. Diel (Ztr.) sollen die Abstimmungen über die Weinbauanträge des Landwirtschaftsausschusses am Mittwoch wiederholt werden, da infolge eines technischen Missverständnisses ein Teil der Anträge abgelehnt sei.

Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr: Handels- und Gewerbeetat, Abstimmungen über den Innenetat.

Landtags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, den 11. März (Eig. Ber.)

Im Preussischen Landtag begann am Dienstag die 2. Lesung des Haushalts der Handels- und Gewerbeverwaltung. Die Aussprache leitete Handelsminister Dr. Schreiber ein mit einem Hinweis auf die erschreckend hohe Zahl der Erwerbslo-

losen, die mit über 2½ Millionen einschliesslich der Krisenunterstützten die des Vorjahres um rund 75 000 übersteigt. Indessen sei diese Arbeitslosigkeit nicht auf die Rationalisierung zurückzuführen, sondern auf die Minderung der Gütererzeugung und die Kapitalverknappung. Immerhin könne damit gerechnet werden, dass nach der Annahme des Young-Planes sich die Lage bessere und die Aufnahme von Auslandsanleihen erleichtert werde. Ansätze zur Kapitalbildung zeigten sich in der Zunahme der Sparkasseneinlagen, die um über 2 Milliarden auf rund 9 Milliarden gestiegen seien. Ein ähnliches günstiges Verhältnis habe sich bei den Sozialversicherungen und den privaten Lebensversicherungen gezeigt. Vor einem Abbau der Zölle in Europa sei jedoch zu warnen, da die Gesamtkosten der Produktion in keinem Lande gegenüber der Vorkriegszeit so gewachsen seien wie in Deutschland. Im Hinblick auf die deutsche Wirtschaft sei die Finanzpolitik des Reiches in den letzten Jahren wenig vorausschauend gewesen. Ein umfassender Steuerumbau bzw. eine Steuersenkung müsse die Entlastung der Wirtschaft bringen.

In einer einstündigen Rede erörterte der Redner der sozialdemokratischen Fraktion Abg. Lehmann-Hirschberg die Auswirkungen der Wirtschaftslage. Er beschäftigte sich zunächst eingehend mit dem Arbeitslosenproblem. Es sei ein unerträglicher Zustand, die Unsicherheit der Wirtschaftslage durch ständige Krisenmacherei zu vergrössern, statt den Young-Plan zu verabschieden. Nicht mit Worten und Verhandeln, sondern nur durch Handeln sei die Erwerbslosigkeit zu bekämpfen. Man müsse bedenken, dass mit den Familienangehörigen rund 10 Millionen unter ihr leiden, die nicht nur am Nötigsten Mangel leiden, sondern langsam seelisch zermürbt würden. Sie müssten es sich überdies noch gefallen lassen von Dr. Schacht auf der sogen. Schaffermahlzeit in Bremen und von einem Schmierfink in der "Deutschen Arbeitgeberzeitung" in einem niederträchtigen "Stempellied" verhöhnt zu werden! Es sei in erster Linie die Rationalisierung als Ausfluss des kapitalistischen Systems, die diese Opfer auf dem Gewissen habe. Dass man in vielen Industriezweigen sehr wohl von einer Kapitalbildung sprechen könne, zeigten erhebliche Rücklagen, Reserven und hohe Dividenden, z.B. beim Braukapital. Leider habe der Minister in seinen Ausführungen kein Wort gefunden gegen die landesverräterische Kapitalflucht jener Kreise, die sonst auf ihren Patriotismus so stolz seien. Diese Kreise halsten also nicht nur den Arbeitern die Steuern auf, nein; in ihrer Unverfrorenheit würden sie öffentlich sogar den Standpunkt vertreten, dass die hohen Löhne an der Krise schuld seien. Nur dass in den Grossbetrieben die Direktoren mit ihren Riesengehältern ganz vergessen würden, bei dem verlangten Lohnabbau mit gutem Beispiel voran zu gehen. Das alles trotz der Tatsache, dass der Lohnanteil der Arbeiterschaft bei weitem nicht Schritt gehalten habe mit der Leistungssteigerung in den letzten Jahren. - Schliesslich forderte der Redner noch weiteren Ausbau der Gewerbeaufsicht und Beseitigung des Ueberstundenunwesens.

Abg. Janssen (Dnt.) setzte sich für Senkung der Eisenbahntarife ein. Nach seiner Ansicht wird in der Gewerbeaufsicht bereits des Guten zu viel getan. Die Sonderrechte der Konsumvereine müssten beseitigt werden. Der Handelsvertrag mit Polen schädigte den deutschen Bauer; er sei gegen das "polnische Schwein".

Abg. Altegoer (Ztr.) forderte Umstellung der Steuerpolitik, weil nur so Industrie, Handel, Handwerk und gewerblicher Mittelstand wieder konkurrenzfähig werden können. Abg. Heidenreich (DVP.) polemisierte gegen den sozialdemokratischen Redner, der lediglich vom lohnpolitischen Standpunkt aus gesprochen habe. - Weiterberatung des Handelsetats Mittwoch.